

Newsletter Rundbrief

attac
eu-ag 



Attac-Frühlingskongress vom 15. bis 18. Mai in Regensburg "Konzern Europa? Kongress für eine gerechtere Welt" (Seite 20)

Inhalt

Wie weiter mit der Friedensbewegung?

Der Irak-Krieg wurde zwar militärisch von den USA „gewonnen“, politisch aber wird er in eine Niederlage münden, die den Irak und die ganze Region nachhaltig destabilisieren wird. Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Konstellation für die Friedensbewegung?

Seite 2

Alternative Europa?

Eine zur Zeit viel gehörte Forderung ist ein starkes Europa als Gegengewicht zu einer zunehmend unilateral agierenden USA. Doch was verbirgt sich hinter dieser Alternative Europa?

Seite 4

Europäische Kriegs-Union

Die Europäische Union gilt vielen noch „nur“ als Wirtschaftsgemeinschaft. Doch auch ihre Militarisierung schreitet voran.

Seite 8

Das „alte Europa“ bringt keinen Frieden

Volkhard Mosler analysiert das „alte Europa“ aus Sicht von Linksruck.

Seite 10

Das EP stärken

Fünf Fragen an Peter Becker von Juristen gegen Atomwaffen zu den Anforderungen an eine europäische Verfassung in Bezug auf die künftige Sicherheitspolitik der EU.

Seite 11

Eine Armee für Europa

Bald könnte es zu einer verstärkten Zusammenarbeit weniger Staaten bei der Schaffung einer gemeinsamen EU-Armee kommen. Sabine Herre von der taz setzt sich kritisch mit diesem Szenario auseinander.

Seite 12

Deutsche Kollateralgewinne: Militärmacht Kerneuropa?

Welche militär- und bündnistragischen Konsequenzen kann der Irak-Krieg für die deutsche Bundeswehr und die EU haben. Ein Interview mit Tobias Pflüger von der Informationsstelle Antimilitarisierung

Seite 13

Global Player Bundeswehr

Entwurf der Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Hause Struck: Weltweite Terroristenjagd

Seite 14

GASP/ESVP und linke Politik

Welche Strategie sollte die Linke gegenüber GASP/ESVP einschlagen?

Seite 15



Seite 21



Kontakt und weitere Informationen:
www.attac-netzwerk.de/eu-ag
mail: redaktion-eu-ag@gmx.de

Wie weiter mit der Friedensbewegung?

Zu den nächsten Schritten der Friedensbewegung Entwurf für die Aktionskonferenz am 13. April 2003

Peter Strutynski (Bundesausschuss Friedensratschlag)

(1) Kaum jemand bezweifelt, dass der Irakkrieg von den USA und Großbritannien militärisch „gewonnen“ wird. Schon heute allerdings kann mit Sicherheit behauptet werden, dass der Angriffskrieg politisch in eine Niederlage der Aggressoren mündet und den Irak sowie die ganze Region nachhaltig destabilisieren wird.

(2) Die Friedensbewegung hat zu Recht all ihre Kräfte darauf konzentriert, den lange angekündigten und von langer Hand geplanten und vorbereiteten Krieg zu verhindern. Sie hat gleichzeitig immer angekündigt, dass ihr Widerstand auch dann weiter gehen wird, wenn sich der Krieg nicht verhindern lässt. Daraus ergibt sich eine große Verantwortung, der die Friedensbewegung mit der Fortsetzung vielfältiger Aktionen und der Entwicklung über den Krieg hinaus reichender strategischer Schwerpunkte gerecht werden muss.

(3) Mit der Großdemonstration in Berlin am 15. Februar 2003 ist die Friedensbewegung aus dem Schatten der 80er Jahre herausgetreten und hat sich als runderneuerte außerparlamentarische Kraft im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik Respekt verschafft. Öffentlichkeit, Medien und Politik waren gleichermaßen beeindruckt von dieser großartigen Manifestation des Mehrheitswillens der Bevölkerung gegen den drohenden Krieg und für den Frieden. Diesen positiven Gesamteindruck gilt es zu bewahren – auch dadurch, dass man sich in der Lage zeigt, (quantitativ) nachlassenden Widerstand rechtzeitig zu erkennen und die Aktionsformen entsprechend auszuwählen.

(4) Die Friedensbewegung kann zur Zeit an einer relativ stabilen Antikriegs-Haltung und an partiellen kritischen Einsichten über die Hintergründe des Kriegskurses der USA anknüpfen. Neben der Aufrechterhaltung der – wohl dosierten – öffentlichen demonstrativen Präsenz der Friedensbewegung (Mahnwachen, Demos usw.) sollten verstärkt inhaltliche Informations- und Diskussionsangebote gemacht werden. Zu vertiefen sind insbesondere Fragen, die sich mit der spezifischen Interessenlage der USA und Europas befassen, die den Irak-Konflikt im Kontext imperialer Weltmachtstrategien betrachten, die deutsche Rolle im europäischen und transatlantischen Kräftespiel untersuchen, grundsätzlich nach der Rolle und Wirkungsweise der Institutionen der Vereinten Nationen und der Bindungskraft

des Völkerrechts (einschließlich des Grundgesetzes der BRD) fragen und schließlich zivile Alternativen nicht-militärischer Prävention herausarbeiten.

(5) Die Bevölkerungsmehrheit gegen den Irakkrieg ist politisch natürlich nicht homogen. Gewiss haben auch viele Demonstranten in Berlin die Bundesregierung in ihrer Nein-Position unterstützen wollen. Insofern entsprach der „regierungsfreundliche“ Teil der Schlusskundgebung der politischen Neigung eines mehr oder weniger großen Teils der Demonstranten. Nur: Auch sie gehen wesentlich weiter in ihrer Kritik an der Regierungspolitik und in ihren Forderungen an die Regierung, als die rot-grünen Parteiformationen es gern hätten. Überwiegend zustimmend reagieren die Menschen auf die Forderung, dass die Bundesregierung in der Irakfrage dem verbalen Nein auch die dazugehörigen Taten folgen lassen muss (also: Keine Überflugrechte, keine Militärtransporte! etc.). Dies muss die Friedensbewegung gerade jetzt verstärkt tun, weil dieser Punkt während des Krieges an praktischer Bedeutung gewonnen hat. Der vorliegende Unterschriften-Appell „Dem Krieg den Boden entziehen“ könnte ein gutes Hilfsmittel darstellen. Blockaden vor US-Einrichtungen und Demonstrationen im „politischen Machtzentrum“ Berlin sind ebenfalls geeignet, die Forderungen zu popularisieren.

(6) Noch nie wurde außerdem so deutlich, dass die deutsche Friedensbewegung Teil einer weltweiten Bewegung gegen Krieg und neoliberale Globalisierung ist. Ohne auf weltweite Organisationsstrukturen zurückgreifen zu können, hat sich mittels Nutzung der modernen Kommunikationstechnologien eine nicht nur virtuelle „Internationale des Friedens“ etabliert. In ihr wirken keine hierarchischen Organisationsprinzipien, sondern freiwillige Übereinkunft aufgrund ähnlich gelagerter Interessen und politischer Ziele. Friedensorganisationen sowie lokale und regionale Initiativen sollten künftig ihre internationalen Kontakte (egal wohin) ausbauen (Internet-Kommunikation, gegenseitige Besuche usw.).

(7) Erfahrungsgemäß lässt der Widerstand einer Bewegung nach, wenn ihr unmittelbares Ziel nicht erreicht wurde. Dies war der Fall nach der Stationierung der Atomraketen im November 1993, nach dem Beginn des Golfkriegs 1991 und nach dem Beginn des Afghanistan-Kriegs im Oktober 2001. Es ist generell schwer, einem solchen „Abschlaffen“ der Bewegung vorzubeugen. Soweit der Grund dafür aber darin zu suchen ist, dass die Bewegung gegen den drohenden Irak-Krieg in erster Linie eine reine Anti-Bewegung war bzw. ist, könnte der Gefahr des Zurückfallens dadurch teilweise vorgebeugt werden, dass die Friedensbewegung ihre Alternativen zum Krieg deutlicher zum Ausdruck bringt, ihre Anti-Haltung (die muss natürlich bleiben!) also durch ein Pro ergänzt. Dieses Pro sollte konkrete politische Inhalte und Ziele formulieren. Dabei kann an den gegenwärtigen Irak-Konflikt angeknüpft werden.

(8) Beispiele könnten sein: § a) Das Ziel einer Beseitigung und Unschädlichmachung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme sollte nicht nur

für den Irak, sondern für alle Staaten geltend gemacht werden. Waffeninspektoren also auch in die USA, nach Großbritannien, Frankreich, Russland, China, selbstverständlich auch nach Deutschland! Rüstungsproduktion und Konversion sowie Rüstungsexporte müssen wieder Thema der Friedensbewegung werden. § b) Der Demilitarisierung des Irak muss die Abrüstung anderer Länder der Region folgen. Regionale Sicherheit im Nahen Osten wird langfristig nur auf der Basis gleichberechtigter Beziehungen zwischen strukturell angriffsunfähigen Staaten (einschließlich eines palästinensischen Staates) herzustellen sein. Die enge Verknüpfung des Irakkriegs mit dem Palästinenserproblem ist von der Friedensbewegung bisher nicht hinreichend beachtet worden. Das israelisch-palästinensische Problem bleibt aber eine Schlüsselfrage für die Zukunft des Nahen Ostens. § c) Ähnlich verhält es sich mit der Forderung, dem internationalen Recht mehr Geltung zu verschaffen. Das strikte Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen und die universellen Menschenrechte müssen von allen Staaten respektiert werden. Es gilt, die völkerrechtlichen Standards und die Institutionen der VN gegen den Generalangriff von Seiten der USA zu verteidigen. Dabei bietet das Verhalten der Mehrheit der Mitglieder des UN-Sicherheitsrats in der Irakkriegsfrage einen hoffnungsvollen Anknüpfungspunkt. Mehr Widerständigkeit insbesondere der afrikanischen Regierungen gegen den massiven Druck der USA konnte in der Situation kaum erwartet werden. § d) Geht es nach dem Willen der Regierungen der führenden europäischen Staaten, so soll als Konsequenz aus dem transatlantischen Konflikt um den Irakkrieg nun der europäische Pfeiler „gestärkt“ werden. Hierzu soll die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik weiterentwickelt werden zu einer Europäischen „Verteidigungsunion.“ Der militärischen Supermacht USA ist nicht dadurch beizukommen, dass man selbst versucht, auf demselben Gebiet „gleichzuziehen“. Die Friedensbewegung sähe darin eine grundverkehrte Weichenstellung. Europa braucht keine weiteren Eingreif- und Interventionsgruppen; Europa braucht viel mehr politische Initiativen zur zivilen Konfliktprävention. Die Friedensbewegung muss ihre Europa-Abstinenz überwinden und sich stärker in den Prozess der europäischen Einigung und Erweiterung einmischen (Konvent, EU-Gipfeltreffen). § e) Viel stärker ins Blickfeld der Friedensbewegung muss auch die Forcierung des Umbaus der Bundeswehr zu einer Angriffsarmee gerückt werden. Verteidigungsminister Struck will noch im Frühjahr die Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahr 1992 überarbeiten. Die „11 Kriterien“, die er hierzu im Februar vorgelegt hat, geben die – höchst gefährliche – Richtung vor. Die Kriterien 5 und 6 lauten: (5) „Für die Bundeswehr stehen Einsätze der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie zur Unterstützung von Bündnispartnern auch über das Bündnisgebiet hinaus im Vordergrund“. (6) „Die ausschließlich für die Landesverteidigung vorgehaltenen Fähigkeiten werden in aktiven Strukturen nicht länger benötigt.“ Fazit: Verteidigung ist out – Angriff in! Die Frie-

densbewegung sollte aktuell in die Diskussion um die Novellierung der VPR einsteigen und dabei insbesondere auch die Verfassungswidrigkeit der Bundeswehrplanung betonen. (23. Mai ist „Verfassungstag“!) § f) Schließlich sollten die vorhandenen Teileinstimmungen der Bevölkerung in globale ökonomische und ökologische Zusammenhänge genutzt werden, um praktikable Alternativen zum verschwenderischen und zerstörerischen Kapitalismus zu diskutieren. Gemeinsame Diskussionsforen mit Attac-Gruppen und mit anderen globalisierungskritischen sozialen und politischen Bewegungen könnten für die Friedensbewegung eine außerordentliche Bereicherung darstellen. G-8-Gipfel (z.B. Evian im Sommer), das Europäische Sozialforum sowie das Weltsozialforum sind „Termine“, die auch für die Friedensbewegung relevant werden.

(9) Sollte es demnächst zu einem militärischen Ende des Irakkriegs kommen, dann darf die Friedensbewegung nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Die Bundesregierung stellt bereits die Fallen auf, in welche die Friedensbewegung tappen soll: Nach dem Ende des Krieges müsse den Menschen geholfen werden, heißt es, und man müsse „nach vorne“ blicken. Auf diese Weise soll die gründliche Aufarbeitung des Krieges verhindert und die kritische Öffentlichkeit von den relevanten weltpolitischen Implikationen der US-Aggression abgelenkt werden. Die Forderungen der Friedensbewegung richten sich demgegenüber auf die Wiedereinsetzung der Vereinten Nationen in die ihr nach der UN-Charta zustehenden Rechte. Eine politische Verurteilung des Krieges durch den UN-Sicherheitsrat bzw. durch die UN-Generalversammlung ist unbedingt erforderlich, weil der Krieg sonst nachträglich legitimiert würde. Die Aggressoren müssen juristisch verfolgt werden und Reparationen an den zerstörten Irak bezahlen. Eine von den Siegern dominierte Nachkriegsordnung ist abzulehnen. Da gegenwärtig nicht damit zu rechnen ist, dass die UN-Institutionen einschließlich der UN-Gerichte ihrer Aufgabe gerecht werden, sollte die Friedensbewegung ersatzweise über die Aggressoren zu Gericht sitzen (z.B. nach dem Vorbild des NATO-„Tribunals“).

Ein seltsames Gespenst geistert durch Talk-Shows, ja auch durch die Überlegungen vieler nüchternen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen: Eine stark gerüstete Europäische Union könne dem Aufmarsch der USA (und der Briten) gegen den Irak und der unverhohlenen Kriegstreiberei der dominierenden Kraft der „neuen Weltordnung“ bei ihrer Politik der „permanenten Intervention“ gebieten. Unter Verweis auf die Situation der Zeit vor der Auflösung der Warschauer-Vertrags-Organisation (WVO) wird das Manko eines starken sicherheitspolitischen Faktors Westeuropa/Europäische Union in der krisenreichen Lage des Frühjahrs 2003 beklagt.

Ökonomischer Riese – mit sicherheitspolitisch unterschiedlichen Interessen

In der Tat ist die Europäische Union (EU) in einer seltsamen Lage. Einerseits ist sie gerade dabei, durch ihre Erweiterung auf 25, ja später gar 28, Staaten zu einem der größten politischen und Wirtschafts-Bündnisse der Erde zu werden – weitaus größer als ihre unmittelbaren Konkurrenten USA und Japan. Über 500 Millionen ProduzentInnen und KonsumentInnen werden in wenigen Jahren in einem gemeinsamen Markt leben, werden eine wachsende Reihe von Politikbereichen aufeinander abstimmen, werden sich weitgehend der Politik der Europäischen Zentralbank verpflichtet fühlen, werden die bereits heute erhebliche Einflusszone des EURO fortwährend ausweiten.

Andererseits tut sich diese EU schwer, eine gemeinsame Sprache in der Außen- und Sicherheitspolitik zu finden. Dies wird nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes um so deutlicher:

- Der zu Beginn der 90er Jahre entfachte jugoslawische Bürgerkrieg machte zum ersten Mal diese Lage deutlich. Wurde seinerzeit jedoch in erster Linie von einem Manko an militärischen und sicherheitspolitischen Mitteln auf Seiten der EU gesprochen, waren in Wirklichkeit die unterschiedlichen Interessen der EU-Kernländer verantwortlich für die Nicht-Präsenz Brüssels auf dem Balkan: Frankreich und Großbritannien (wie im übrigen die USA und auch die UNO) widersetzten sich anfänglich vehement der Anerkennungs- und damit: Separationspolitik der Kohl-Genscher-Regierung in Jugoslawien.
- Beim NATO-Bombardement auf Jugoslawien 1999 war die EU dann in einer anderen Lage: Die EU-Staaten waren mehr oder weniger euphorisch auf der Seite der USA, die ihrerseits die neue Unilateralität in der Sicherheitspolitik erstmals in größerem Rahmen ausspielte. Im Verlaufe dieses völkerrechtswidrigen Krieges mussten die europäischen Staaten jedoch spezifische Abhängigkeiten von den USA schmerzlich zur Kenntnis nehmen, die über die oben angesprochenen differierenden politischen Interessen hinausgingen. Diese Abhängigkeit betrafen vor allem Truppentransport- und Informationskapazitäten. Der französische Verteidigungsminister Védrine bezichtigte die USA nach dem Ende des Krieges gegen Jugoslawien

in selten gehörter Schärfe vor der französischen Nationalversammlung, einen Krieg „über weite Strecken an den Interessen ihrer Verbündeten vorbei“ geführt zu haben.

Ein Blick zurück in die europäische sicherheitspolitische Geschichte nach 1945

Die westeuropäischen Kernstaaten, nun allesamt Kleinstaaten mit Kriegsfolgen, mir sich auflösenden Kolonialreichen, mit massenpsychologischen Verwerfungen nach Faschismus und Weltkrieg u.v.m., taten sich nach 1945 schwer, sich auf eine abgestimmte Sicherheitspolitik zu einigen. Nachdem Frankreich 1945/55 die bittere Pille der deutschen Wiederbewaffnung geschluckt hatte, begann ein Ringen um die Ausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik.

- Paris versuchte fortwährend, die 1948 gegründete WEU (Westeuropäische Union, seinerzeit gegen einen potentiell wiedererstarnten deutschen Militarismus gegründet!) als Instrumentarium einer von Frankreich mit seinen Atomwaffen und Überseebesitzungen geführten europäischen sicherheitspolitischen Identität aufzubauen. Die WEU hatte und hat den Vorteil, dass sie ohne US-Einfluss agieren kann.
- Bonn, und an seiner Seite London, favorisierte eindeutig eine US-Orientierung und legte den deutlichen Schwerpunkt der Sicherheitspolitik auf die US-geführte NATO. Deutlichster Ausdruck der bundesdeutschen Haltung waren die Verhandlungen um den „Deutsch-französischen Vertrag über Zusammenarbeit“ (Elysée-Vertrag) von 1963. Das Frankreich de Gaulles hatte vergeblich versucht, die EWG, die Vorläuferin der heutigen EU, zu einer politischen Union, freilich unter französischer Führung, zu entwickeln (u.a. Fouchet-Pläne). Die Bundesrepublik wollte unbedingt die USA- und NATO-Orientierung betonen, andere Staaten wollten nur wenige Souveränitäten aufgeben; andere wiederum wollten Großbritannien in die EWG integrieren, um einer möglichen französisch-deutschen Hegemonie zu begegnen. Der in diesem Jahr 2003 so hochgelobte Elysée-Vertrag dokumentiert die Niederlage de Gaulles und der „Europäer“ auf der ganzen Linie: Es wurde nämlich dem Vertrag vor der Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag am 16. Mai 1963 eine Präambel hinzugefügt, in der die Priorität der US- wie der NATO-Orientierung der BRD sowie die Einbeziehung Großbritanniens in den weiteren europäischen Einigungsweg bekräftigt wurden; auch die USA hatten auf diese Präambel gedrängt.

Diese Interessendifferenz sollte bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes zu Beginn der 90er Jahre andauern. Selbst Versuchsballons wie die Gründung der deutsch-französischen Brigade oder des Euro-Korps, beide nicht von großer militärischer Relevanz, unterstanden der Frage:

Wie weit ist Frankreich bereit, sich (nach seinem NATO-Austritt, genauer: dem Austritt aus der militärischen Integration, 1966) wieder dem US-dominierten Bündnis anzunähern?

Versus:

Wie weit ist die Bundesrepublik bereit, von den USA und von der NATO unabhängige europäische Wege zu gehen?

Neue Konstellationen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes

Der ZUSammenbruch von UdSSR und WVO sowie die deutsche Einigung brachten Bewegung in das westeuropäische sicherheitspolitische Kräftespiel. In den politischen Klassen Frankreichs, Großbritanniens und der USA herrschte eine Zeitlang Ungewissheit über den weiteren, vor allem europapolitischen Kurs der nun – mit 82 Millionen Menschen - größten und wirtschaftlich leistungsfähigsten Nation der EU. „Großdeutschland“ wurde für eine kurze Zeit zum geflügelten Wort in Pariser und Londoner Medien.

Wesentlich Frankreichs Staatspräsident Mitterrand ergriff die Initiative und band die Bundesrepublik über den

- Vertrag von Maastricht im Jahre 1992 („Maastricht II“) mit vor allem der Fixierung einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) als eigenständiger Säule beim Bau des europäischen Hauses sowie
- über die Pläne zur Einführung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik („EURO“) in der Folgezeit von Maastricht

stärker und endgültig an die EU. Vorausgegangen waren Fehlschläge Frankreichs und der übrigen Staaten der EU, via Treuhand stärker vom Integrationsprozess der DDR in die BRD zu profitieren.

Der Jugoslawienkrieg als

sicherheitspolitischer Einschnitt

Der Jugoslawienkrieg des Jahres 1999 leitete eine qualitative Wende ein bei der sicherheitspolitischen Einigung und bei der Bewaffnung der Europäischen Union:

- Einzelne Länder (oder auch nur politische Fraktionen innerhalb einz. Länder) fühlten sich von den USA gegen ihren Willen in diesen Krieg hineingezogen.
- Einzelne Länder (so u.a. Deutschland, Frankreich) beklagten die Informationspolitik der NATO-Führungsmacht USA während des Bombardements.
- Einzelne Länder bezichtigten die USA gar eines „über weite Strecken an den Interessen ihrer Verbündeten vorbei“ geführten Krieges, so Frankreich.
- Schließlich wurde in Jugoslawien wie im 1991 vorangegangenen Golfkrieg gegen den Irak wieder die objektive Abhängigkeit der Europäischen Staaten von den USA deutlich – in der Informationsbeschaffung und im Transportwesen.

Als längerfristiges Konfliktpotential blieben bestehen die US-Planung einer National Missile Defense (NMD).

Die EU zog auf ihrem Gipfel von Helsinki 1999 vielfältige Konsequenzen, u.a.:

1. Es wurde der Aufbau einer europäischen Eingreiftruppe beschlossen. Diese soll (ab Mitte des Jahrzehnts) 60 000 Soldaten umfassen und innerhalb weniger Wochen einsatzbereit sein. Deutschland mit 18 000 (!), Großbritannien mit 12 500 und Frankreich mit 12 000 Soldaten werden das Gros des Personals stellen. (Für den Fall längerfristiger Konflikte

muss man vom Dreifachen an erforderlichen Soldaten ausgehen.) Der Aktionsradius der europäischen Truppe soll 4 000 km um Brüssel herum betragen.

2. Die Forcierung des Baus des weltraumgestützten „Helios“-Systems soll die EU-Defizite in der Informationsbeschaffung beseitigen.
3. Das westeuropäische Konsortium AIRBUS wird nun einen militärischen Transporter, den A 400M, herstellen.
4. Das Prinzip der Einstimmigkeit innerhalb der EU in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik wird aufgeweicht. Insbesondere den neutralen Ländern wird dadurch die Möglichkeit der Nicht-Teilnahme an einzelnen Konflikten offengehalten.
5. Die EU sollte, so die Idee von Helsinki, ursprünglich weitgehend eigenständige Führungsstrukturen neben denen der NATO aufbauen: einen Militärstab, einen Militärausschuss mit den Generalstabschefs der EU-Länder und einen politischen Ausschuss.

Gesamturteil: Auch sicherheitspolitisch ist der Wettbewerb mit den USA eröffnet. Und wenn man bspw. berücksichtigt, dass die Planungen der GASP bis 1999 noch den Kauf US-amerikanischer Transportflugzeuge durch die EU-Staaten vorgesehen hatte, wird der Einschnitt Jugoslawienkrieg, die neue Konkurrenz auch in rüstungspolitischer Hinsicht, noch deutlicher.

USA drängt die NATO ins EU-Konstrukt

In der zweiten Hälfte des Jahres 2002 überraschten die USA die EU-Staaten mit ihrer Forderung nach dem Aufbau einer „Schnellen Eingreiftruppe“ der NATO. Auf „Abwehr des internationalen Terrors“ lautete die Begründung.

Die europäischen NATO-Partner stimmten zu. Das Problem für das Gros der beteiligten Staaten war und ist nun, dass ihre Truppen nicht ausreichen, um sich zum einen an den diversen bereits bestehenden „Friedensmissionen“, zum anderen an der „Schnellen Eingreiftruppe“ der EU (GASP) und nun der „Task force“ der NATO gleichzeitig zu beteiligen.

Zusätzlich waren zu berücksichtigen die Probleme im Verhältnis der NATO-, aber nicht gleichzeitig EU-Partner Griechenland und Türkei. Die Türkei hatte verlangt, dass Zypern, demnächst EU-Mitglied, von der Kooperation in der EU-Truppe ausgeschlossen werden sollte.

Derzeitiger Stand (März 2003) ist, dass die Eingreiftruppe der NATO früher gebildet wird als die der EU und dass gleichzeitig die EU-Truppe, dies nicht ohne Druck von Seiten der USA, auf den Aufbau eigener Führungsstrukturen verzichtet. Die EU hat nun Zugriff auf die Führungsstrukturen der NATO bspw. im belgischen Mons, auf Aufklärungsmittel, die Mittelmeerflotte und die Treibstoffpipelines der NATO.

Im Zuge des EU-Reformkonvents wurden von EU-Kommissar Michel Barnier weitreichende Ziele für die GASP, neuerdings auch als ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) bezeichnet, genannt: Barnier schlug eine militärische Beistandspflicht vor, die aber neben den neutralen EU-Mitgliedern (Finnland, Irland, Österreich und Schweden) auch von der NATO

abgelehnt wurde; letztere pochte auf die in ihrem Statut bereits fixierte Beistandspflicht. Geeinigt hat sich die Arbeitsgruppe „Verteidigung“ des EU-Reformkonvents unter Giscard d'Estaing auf eine „Solidaritätsklausel“, „...durch den Einsatz des gesamten notwendigen – militärischen und zivilen – Instrumentariums insbesondere den terroristischen Bedrohungen innerhalb der Union zuvorzukommen und auf sie zu reagieren.“ Und weiter heißt es in dem Entwurf der Kommission, diese Klausel wäre keine kollektive Verteidigungsklausel, die zum militärischen Beistand verpflichtete.

Die Vorstellungen Frankreichs und Deutschlands bei der Reform der EU gingen freilich weiter: Die Außenminister de Villepin und Fischer formulierten in einem gemeinsamen Beitrag für den Konvent ihren Vorschlag einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-Union“, die „die Sicherheit ihres Gebiets und ihrer Bevölkerungen gewährleisten und zur Stabilität ihres strategischen Umfelds beitragen“ solle. Unmittelbares Resultat der Vorschläge der beiden Außenminister ist die Aufnahme der Planung einer „Europäischen Agentur für Rüstung und strategische Forschung“ in den Abschlußbericht der AG Verteidigung des EU-Reformkonvents.

Hier wird erneut eine Konkurrenzstellung der führenden EU-Länder gegenüber den USA sichtbar: Die EU-Staaten können mit einem Synergieeffekt in Höhe von (FAZ v. 13.2.2003) jährlich 100 Mrd. Euro bei einer koordinierten Rüstung rechnen – das Vierfache des jährlichen Rüstungshaushaltes der Bundesrepublik Deutschland... Derzeit kaufen viele EU-Staaten noch große Mengen Rüstung in den USA. Und auf dem Rüstungsexportmarkt treten sie als Konkurrenten auf.

Noch in einem weiteren Punkt mischten sich die USA in EU-Geschicke ein: Sie animierten im Januar 2003 im ZUSAMMENHANG mit dem US-Kriegs-Aufmarsch gegen den Irak acht Länder zu einer interventionsfreudigen Erklärung, die den beiden US-kritischen Kernstaaten der EU, Frankreich und Deutschland, hinzu kamen Belgien und Luxemburg, politisch in den Rücken fiel. Paris und Berlin fanden ihrerseits mit der russischen und chinesischen Regierung zwei US-kritische Partner. Michel Barnier kritisierte die Kriegsbefürworter unter den EU-Beitrittsländern mit einem Hinweis, diese könnten nicht Milliardenhilfen aus Brüssel beanspruchen, wenn sie gleichzeitig Rüstungsgüter in den USA kauften (FAZ v. 26.2.2003) und bestärkte somit die heftigen Kritik von Seiten des französischen Staatspräsidenten Chirac. Die US-Regierung Bush ihrerseits unternahm große Anstrengungen, die nicht-ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates mit finanziellen Versprechungen für eine Kriegsresolution zu gewinnen. Die SZ titelte am 26.2.03 „Diplomatie, die zum Krieg führen soll“. Der Ausgang des Kampfes um die Mehrheitsverhältnisse im UN-Sicherheitsrat ist aktuell (4.3.2002) offen.

Die Bundeswehr auf dem Weg zu einer interventionsfähigen Armee

Auch wenn sich insbesondere die französische Seite fortwährend beklagt über Verzögerungen bei deutschen und bei deutsch-französischen Rüstungsvorhaben, auch wenn der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik nicht den Ansprüchen der Bundeswehrführung entspricht, so darf doch nicht übersehen werden, dass die für die Militarisierung der EU notwendige Umrüstung des deutschen Militärs in vollem Gange ist. Verteidigungsminister Struck bestätigte Mitte Februar (FAZ v. 24.2.2003) zum wiederholten Male, dass „die Wahrnehmung deutscher Interessen am Hindukusch“ beginne. Und die Bundeswehr wird zielstrebig umgebaut.

Eine hochmobile, interventionsfähige Armee benötigt keine Truppen- und Panzermassen mehr. Hunderte von „Leopard“-Kampfpanzern werden zur Zeit „verschербelt“, u.a. an die Türkei und in Entwicklungsländer. Sie benötigt ein kleines, dafür hochprofessionelles und high-tech-bewehrtes Personal. Nicht mehr die Erwartung eines Massenangriffs aus dem Osten bestimmt das Selbstverständnis der quantitativ verkleinerten Bundeswehr (und der im Entstehen begriffenen Schnellen Eingreiftruppe der EU). Rasche Einsätze mit wenigen tausend Soldaten zur Sicherung bspw. „unserer“ Öl- oder Erdgasquellen, sh. Strucks Hinweis auf den Hindukusch, werden die Militärpolitik der Zukunft ausmachen.

Die Reduktion der deutschen Truppenstärke wird noch weitergehen, in wenigen Jahren wird die Bundeswehr eine professionelle Armee sein. Dies zu sehen, muss man kein Prophet sein. Die Wehrpflicht wird derzeit einzig aufrecht erhalten, um für die dringend benötigten Zeit- und Berufssoldaten ein besseres Rekrutierungsfeld zu haben. Eine Interventionsarmee kann nur schwer eine Wehrpflichtarmee sein.

Vielleicht die wichtigste Aufgabe ist der politischen, gleichwohl ob konservativ oder sozialdemokratisch dominiert, wie der militärischen Führung der Bundesrepublik in den vergangenen 15 Jahren nahezu lautlos gelungen: Die Herstellung einer neuen Legitimationsbasis für die Bundeswehr nach dem Fortfall des Feindbildes „Sowjetunion/ Sozialismus/ Kommunismus“. Der Übergang von der weitgehend einer Zivillogik verpflichteten Sicherheitspolitik zur Interventionsfähigkeit, also zur Militärlogik, ist im Massenbewusstsein, unabhängig von der derzeitigen Opposition gegen den US-Krieg gegen den Irak, verankert. Der Gedanke der Verteidigung ist passé, die Wahrnehmung von Deutschlands Interessen, so scheint es, beginnt am Hindukusch.

Löst die Militarisierung der EU die fatalen Konsequenzen der Unilateralität? Die neue Konkurrenz zweier „imperialen“ Mächte

Ein Vergleich mit der Zeit des Kalten Kriegs und des atomaren Patts der 70er und 80er Jahre hinkt an einer entscheidenden Stelle: Die USA und EU sitzen politisch und ökonomisch in einem, dem kapitalistischen Boot. Beide Mächte verfolgen Hegemonieabsichten und unterstehen dem starken Druck gigantischer, heute supranational organi-

sierter, privater Konzerne, die bspw. ein Interesse an der Erschließung von Öl- oder Gasfeldern haben, ein Interesse an Rüstungsexport, ein Interesse an der Abschottung ihrer Märkte gegen die Importe der Entwicklungsländer u.v.m. In Paris bspw. heißt es in der politischen Klasse unverhohlen: Was haben die USA im Irak verloren? Wenn der Irak schon nicht russisches Einflussgebiet ist, dann doch bitte französisches!

Es bestünde also bei einer weiteren Militarisierung der EU die Gefahr einer ökonomischen und politischen Neuaufteilung der Erde unter den Führungsmächten der Welt des „freien“ Handels. Wobei sehr in Frage zu stellen ist, ob eine derartige Neuaufteilung die Erde friedlicher machen würde...

Die möglichen Alternativen

Eine militärische „Gleichberechtigung“ der EU mit den USA kann nicht das Ziel einer auf alleseitigen Interessenausgleich angelegten europäischen Sicherheitspolitik sein. Die immer mächtiger werdende EU sollte sich zügig von der Politikanlage der USA mit der „permanenten Intervention“ und mit ihrem (oben nur an einem Beispiel aufgezeigten) Prinzip des „divide et impera“ abgrenzen und durch eine neue Entwicklungs- und Handelspolitik (Entwicklungshilfe, fairer Handel, Entschuldung etc.) eine andere Logik in den internationalen Beziehungen vorgeben. Dies entspricht den Erfordernissen einer Erde, auf der täglich 60 000 Menschen verhungern und weitere 25 000 Menschen allein infolge verunreinigten Wassers ihr Augenlicht verlieren, eher als Hochrüstung und Hegemonialpolitik. Und die EU-Staaten sind mit ihren traditionellen Verbindungen zu einer Vielzahl von Entwicklungsländern hierzu geradezu prädestiniert.

Die EU-Staaten sollten die UNO oder besser noch: die OSZE animieren, eine Nah-Ost-Konferenz einzuberufen mit den drei Themen Irak, Kurdistan (d.h. das Irakisch-Türkische Problem) und Palästina-Israel. Die aggressive Politik Israels gegen Palästina stabilisiert nämlich nicht unwesentlich die häufig autoritären Regime in den arabischen Staaten. Einschließlich des Irak und mit Teilnehmern aus den Staaten des Nahen Ostens und der EU oder einem neutralen Staat (Finnland, wg. Helsinki 1973 ff) als Mittler.

Mögliche anzustrebende Ergebnisse für den Irak wären:

- Eine Föderation des Irak in einen kurdischen, sunnitischen und schiitischen Staat (mit langen Übergangsfristen).
- Ein dauerhaftes UN-Inspektionsregime für Massenvernichtungswaffen, das sich auch auf Israel erstreckt.
- Aufhebung der Sanktionen, Nothilfemaßnahmen gegen den Hunger, gegen die enormen Strahlenschäden infolge der DU-Munition etc.

Eigenartig in diesem ZUSammenhang: Die OSZE scheint nach ihrer wichtigen Rolle (damals als KSZE) im Kalten Krieg an Bedeutung verloren zu haben. Sie passt offenbar nicht in das interventionsbereite Denken der neuen westeuropäischen sicherheitspolitischen Identität hinein. Dabei wäre ihr Vorteil: Alle europäischen Staaten gehören ihr an, auch Russland. Auch die USA. Die

OSZE hat allerdings keine militärische Komponente.

Statt militärisch innerhalb der EU aufzurüsten, sollten Deutschland und Frankreich die Initiative zur Initiierung einer internationalen Ölkonferenz ergreifen. „In ihr könnten Vorschläge für ein weltweit gerechtes Ölregime unterbreitet werden, das keiner anderen Gewalt als der UNO unterstünde. Auch wenn der verbrecherische Krieg trotzdem begonnen wird, kann kein US-Präsident einem solchen Gegenwind auf Dauer trotzen.“ („Freitag“ vom 31.1.2003)

Die EU-Staaten sollten rasch ihre wirtschaftliche und diplomatische Präsenz im Irak steigern. Jeder Abrüstungsschritt des Irak, jeder Schritt zu einer Verbesserung der Achtung der Menschenrechte sollte mit Investitionen beantwortet werden. Das Handelsembargo muss rasch abgebaut werden. Hingegen sollten die EU-Staaten alle Unternehmen strengstens verfolgen, die fortwährend Rüstungs- oder rüstungsrelevante Güter in Krisengebiete exportieren. Die Beendigung des Rüstungsexports und der Proliferation sind Schlüsselforderungen für eine neue, nicht-interventionistische Weltordnung!

In Europa muss schließlich nachgedacht werden über einen massiven Boykott von US-Produkten. Man sei erinnert an die Boykotte gegen das rassistische Regime in Südafrika, gegen die „Shell“ in der Nordsee, gegen Frankreich bei den A-Waffenversuchen von 1995 etc. Der Boykott sollte Großbritannien mit einschließen. Anders als beim Irak-Embargo verhungerten hier keine Kinder...

Fazit

Die Europäische Union, und in ihrem Kern Frankreich und Deutschland, sollten das ihnen in einem langen Prozess entstandene und fortwährend weiter wachsende politische und wirtschaftliche Gewicht nutzen, Konflikte mit nicht-militärischen Mitteln zu lösen. Dies gilt um so mehr vor dem Hintergrund, dass mehr als vier Fünftel der Konflikte aus der unterschiedlichen Verteilung des Reichtums auf der Erde entstehen. Die gerade erst gewonnene (und bislang tragende) deutsch-französische Einigkeit in der Frage des Irak-Krieges sollte über die Verhinderung des scheinbar unvermeidlichen Irak-Angriffs durch die USA und Großbritannien hinaus genutzt werden zu einer grundsätzlichen Wende in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. An der müssen jedoch Zweifel angemeldet werden. Zu den aufgezeigten ökonomischen Strukturen der kapitalistischen Konkurrenzmacht EU kommen zwei Faktoren hinzu: Zum einen ist die französische Außen- und Sicherheitspolitik prinzipiell interventionistisch angelegt ist, und ob die Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch sich gewaltfreier Mittel bedienen wird, ist zumindest offen...

Johannes M. Becker PD Dr., Lehrt Politikwissenschaften mit Schwerpunkt Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg. Mitglied im Direktorium von W&F
PD Dr. J. M. Becker Tel und Fax: 0049/6421/23706
e-mail: jbecker@mail.uni-marburg.de
Friedrichstraße 2, D - 35037 Marburg FRG/RFA
http://staff-www.uni-marburg.de/~becker1

Europäische Kriegs-Union

Von der Montanunion zur militärischen Weltmacht?

von Dirk Eckert
Politikwissenschaftler und
freier Journalist
<http://www.dirk-eckert.de>

Die Militarisierung der Europäischen Union schreitet voran. Die Zeiten, wo die Europäische Union nur ein Zusammenschluss westeuropäischer Staaten war, der sich mit Stahl und Kohle, Binnenmarkt und gemeinsamer Währung beschäftigte, gehen dem Ende entgegen. Schon bald erstreckt sich die Union fast über den gesamten europäischen Kontinent. Und: Die EU beschränkt sich nicht mehr auf wirtschaftliche Angelegenheiten. „So bald wie möglich“, wie es in der Abschlusserklärung des EU-Gipfels von Kopenhagen heißt, soll die neue gegründete europäische Eingreiftruppe die NATO in Mazedonien ablösen. Danach folgt vielleicht Bosnien, wo die EU zum 1. Januar die Polizeigewalt von den Vereinten Nationen übernommen hat.

Zugang zu NATO-Ressourcen

Nach jahrelangen Verhandlungen hat die Türkei im Dezember den Weg frei gemacht für eine Zusammenarbeit von NATO und EU. Eine entsprechende Vereinbarung ist Voraussetzung dafür, dass die EU Einsätze eigenständig durchführen kann, also ohne Mitsprache und -hilfe der USA. Denn nur die NATO, nicht aber die EU verfügt über entsprechende Kapazitäten, wie sie für Einsätze im Ausland notwendig sind. 1999 hatte die EU auf ihrem Gipfel in Helsinki den Aufbau einer eigenen, in 60 Tagen einsatzfähigen Eingreiftruppe beschlossen. Die 60 000 SoldatInnen, die von den EU-Mitgliedsländern gestellt werden, sollen in einem Radius von 4 000 Kilometern rund um Brüssel eingesetzt werden.

Bis zur letzten Minute bestand die Türkei, die zwar NATO-, aber noch nicht EU-Mitglied ist, darauf, dass Zypern, das demnächst der EU beitreten soll, von der Zusammenarbeit ausgeschlossen wird. Die Mitglieder der NATO, die auch in der EU sind, wollten Zypern jedoch nur von der Verwendung von NATO-Mitteln ausschließen. An der EU-Truppe sollte Zypern jedoch grundsätzlich teilnehmen können. Der Kompromiss vom 16. Dezember, der laut Presseberichten unter massivem Druck von Frankreich und Deutschland auf die Türkei zustande gekommen sein soll, sieht nun vor, dass Zypern sich nicht an Militäroperationen der EU beteiligen wird. Außerdem bekam die Türkei zugesichert, dass im Falle von Konflikten, etwa in der Ägäis zwischen Griechenland und der Türkei, keine NATO-Mittel unter EU-Fahne gegen die Türkei eingesetzt werden dürfen.

Im Gegenzug bekommt die EU jetzt den lang ersehnten „gesicherten Zugang“ zu NATO-Mitteln, wie es in der gemeinsamen Erklärung von EU und NATO heißt. So kann die EU nun das NATO-Hauptquartier SHAPE im belgischen Mons nutzen.

Die genauen technischen Einzelheiten müssen aber noch ausgehandelt werden. Zur Diskussion stehen auch die Nutzung von Awacs-Aufklärungsflugzeugen, der Mittelmeerflotte und der Benzin- und Kerosin-Pipelines der NATO, die überall in Euro-

pa verlegt sind. „Wir sind jetzt in der Lage, Operationen durchzuführen, wenn die NATO nicht involviert werden will“, äußerte sich Großbritanniens Premierminister Tony Blair zufrieden. Die neue Truppe sei, so versicherte er, „komplementär zur NATO“. Die Botschaft war für die USA bestimmt, die in der Truppe vor allem ein europäisches Konkurrenzprojekt zur NATO sehen. Washington stimmte nur unter der Bedingung zu, dass keine Parallelstrukturen aufgebaut würden. Insofern kommt den USA diese Vereinbarung zwischen EU und NATO entgegen, weil dadurch die EU an die NATO gebunden bleibt. Am liebsten wäre der US-Regierung aber, wenn die europäischen NATO-Staaten sich mehr an gemeinsamen Rüstungsanstrengungen in der NATO beteiligen würden, anstatt eigene Projekte zu verfolgen.

Solidarität statt Beistand?

Die EU will langfristig jedoch mehr als nur eine Eingreiftruppe. In der Arbeitsgruppe „Verteidigung“ des EU-Reformkonvents unter Vorsitz des EU-Kommissars Michel Barnier, die jetzt ihren Abschlussbericht vorgelegt hat, wurde bereits über militärische Beistandspflichten für die EU nachgedacht. Allerdings bezeichneten einige EU-Mitglieder eine klassische Beistandsklausel als „unannehmbar“, wie dem Bericht zu entnehmen ist. Die Gegner hätten sogar auf den blockfreien Status einiger Mitglieder verwiesen – nämlich Finnland, Irland, Österreich und Schweden – als auch auf die NATO, die kollektive Verteidigung schon gewährleisten würde.

So einigte sich die Arbeitsgruppe auf eine „Solidaritätsklausel“. Diese solle den Mitgliedstaaten ermöglichen, „durch den Einsatz des gesamten notwendigen – militärischen und zivilen – Instrumentariums insbesondere den terroristischen Bedrohungen innerhalb der Union zuvorzukommen und auf sie zu reagieren“. Eine militärische Beistandsklausel ist die Solidaritätsklausel aber ausdrücklich nicht: „Diese Klausel wäre keine kollektive Verteidigungsklausel, die zum militärischen Beistand verpflichtet. Sie würde bei Bedrohungen durch nichtstaatliche Einheiten zur Anwendung gelangen.“

Wäre es nach Deutschland und Frankreich gegangen, wäre die Arbeitsgruppe noch weiter gegangen und hätte die Fortentwicklung der Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) „zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-Union“ vorgeschlagen, wie die Außenminister beider Länder, Dominique de Villepin und Joseph Fischer, in einem gemeinsamen Beitrag für den Konvent schrieben. Die Aufgabe dieser Union solle unter anderem sein: „... die Sicherheit ihres Gebiets und ihrer Bevölkerungen gewährleisten und zur Stabilität ihres strategischen Umfelds beitragen“.

Als Ziel nannten die beiden Minister „das Erreichen eines voll handlungsfähigen Europa“, was „ohne eine Stärkung der militärischen Fähigkeiten nicht möglich“ sei. Zudem forderten sie „eine Stärkung der industriellen und technologischen Verteidigungsbasis“ und „die schrittweise Schaffung eines europäischen Rüstungsmarkts“. Dazu solle eine „Europäische Rüstungsagentur“ gegründet werden. Die Arbeitsgruppe „Verteidigung“ stimmte dem zu und nahm

den Begriff der „Europäischen Agentur für Rüstung und strategische Forschung“ in ihren Abschlussbericht auf.

Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit

Um bei der Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit nicht weiter von denjenigen abhängig zu sein, die sich nicht daran beteiligen wollen, hat der Ministerpräsident von Belgien, Guy Verhofstadt, bereits im Juli letzten Jahres vorgeschlagen, diese Länder könnten später hinzukommen, wenn sie wollten. Sie dürften allerdings denen, die sich an einem Ausbau der Europäischen Sicherheitspolitik beteiligen wollen, keine Steine in den Weg legen. Dieses Modell wird derzeit im Falle Dänemarks angewandt. In einem Referendum hatte Dänemark 1992 mehrheitlich den Vertrag von Maastricht abgelehnt, mit der Folge, dass das Land seither nicht an der Militär- und Polizeizusammenarbeit teilnimmt.

Verhofstadt schlug außer Beistandsverpflichtungen auch die Einrichtung eines militärischen EU-Hauptquartiers vor, das die verschiedenen multinationalen Truppen koordinieren soll.

In den neutralen Staaten mehren sich unterdessen die Stimmen für eine Aufgabe der Neutralität und für einen Beitritt zu NATO bzw. EU. Anfang 2000 hatte Bundeskanzler Wolfgang Schäussel erklärt, Österreich wolle der NATO beitreten. Wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ wurde der Beitrittswunsch in der NATO selbst aber mit wenig Begeisterung aufgenommen.

Finnland wiederum ist 1995 der EU beigetreten, und erst kürzlich hat der ehemalige Staatspräsident Martti Ahtisaari den Beitritt seines Landes zur NATO befürwortet. An der EU-Eingreiftruppe sind ohnehin alle Neutralen beteiligt. Österreich und Finnland stellen je 2 000 Soldaten, Irland 1 000 und Schweden 1 500. Schweden hat darüber hinaus militärisches Gerät zugesagt: je vier Ausklärungsflugzeuge und Transportflugzeuge, zwei Minenräum-Schiffe, zwei Korvetten, ein U-Boot und 30 gepanzerte Fahrzeuge.

Kontakt/ Mailinglisten

Ansprechpartner nach Themengebieten

Ansprechpartner EU-AG allgemein, Web-Seite, Mailinglisten

Stephan Lindner, mail: stlindner@ipn.de,
tel: 030/29492437

Internationale Kontakte

Frauke Thies, mail: frauke.thies@gmx.de,
tel: 04131/7436277

Unter-AG Außen- und Sicherheitspolitik

Frauke Thies, mail: frauke.thies@gmx.de,
tel: 04131/7436277

Elke Zwinge-Makamizile, mail:
elkezwinge@gmx.de

Unter-AG Wirtschafts- und Sozialpolitik

Anne Karrass, mail: annekarrass@web.de,
tel: 040/35715831

Wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen möchten, schicken Sie einfach eine Mail an eu-ag@gmx.de.

Unsere Info-Mailingliste können Sie unter <http://hermes.ipn.de/mailman/listinfo/attac-eu-info> abonnieren. Wir wenden uns mit dieser Mailingliste speziell an die Menschen, die etwas gegen die Mailflut in Ihrem Postfach unternehmen und trotzdem über die EU-AG informiert sein wollen. Hier kündigen wir wichtige Veranstaltungen, Texte, Neuerscheinungen unseres Newsletters und Aktualisierungen unserer Homepage an (0-3 Mails/Woche).

Das Archiv dieser Mailingliste hat die Adresse <http://hermes.ipn.de/mailarchiv/attac-eu-ag/>.
(Nur für Abonnenten der Mailingliste)

Das „alte Europa“ bringt keinen Frieden

Von Volkhard Mosler

Auf der Berliner Friedensdemo verteilten die Grünen einen Aufkleber mit der trotzigen Parole „Old Europe – altes Europa“. Doch Europa ist nicht die friedliche Alternative zu Bushs Kriegstreiberei.

Mit dem „friedlichen-Europa“ war es im vorigen Jahrhundert nicht weit her.

Zwei Weltkriege verwüsteten den Kontinent in der ersten Hälfte des Jahrhunderts. England führte 18, Frankreich 15 Kriege bis 1982 – meist Rückzugsgefechte der ehemals großen Kolonialmächte aus Afrika und Asien. Deutschland war der Verlierer des Zweiten Weltkriegs. Von 1945 bis zum Ende des Kalten Kriegs waren die deutschen Herrschenden auf die weltweite Militärmacht der USA angewiesen, um ihre Interessen durchzusetzen. Eigenständige militärische Interventionen außer Landes waren weder möglich noch notwendig. Das ließ den deutschen Staat als „friedlicher“ als den französischen, britischen, russischen oder amerikanischen erscheinen. Seit dem Ende des Kalten Kriegs zeichnet sich jedoch eine neue Entwicklung ab: Eine Remilitarisierung auch der deutschen Außenpolitik. Dazu gehört die Umrüstung der Bundeswehr von einer territorialen Verteidigungsarmee in eine international operationsfähige Interventionsarmee. Deutschland hat sich seitdem an vier Kriegen beteiligt: Somalia, Kosovo, Bosnien und Afghanistan.

Die Vorstände der deutschen Konzerne forderten eine stärkere militärische und politische Eigenständigkeit Deutschlands. Die Irak-Politik ist ein Beispiel dafür. Genau eine Woche vor den Anschlägen auf das WTC hatte sich der BDI-Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenberg für eine „Emanzipation Deutschlands von der US-Politik gegenüber Irak stark gemacht.“ Frankreich und Deutschland traten damals für eine Aufhebung der Handelsbeschränkungen gegen den Irak ein. Der 11. September und der folgende Feldzug von Bush veränderte die Lage. In Führungskreisen des deutschen Kapitals fand zwischen den WTC-Anschlägen und heute ein bemerkenswerter Gesinnungswandel statt.

Eine für Dezember 2001 in Stuttgart geplante große Nahostkonferenz der deutschen Industrieverbände platzte und signalisierte das vorläufige Scheitern der Loslösungsbestrebungen von den USA. Der gleiche Herr von Wartenberg, der mehr Abstand von den USA gefordert hatte, warnte ein Jahr später die Schröder-Regierung, „die deutsch-amerikanischen Beziehungen schnellstmöglich zu kitten“. Längst haben sich BDI und Kapital hinter die Kritik von Union und FDP an der Schröder'schen „Verweigerungshaltung“ zum Irakkrieg gestellt. Die Widersprüche in den Argumenten des Herrn Wartenberg weisen auf ein grundsätzliches Problem des deutschen Kapitalismus nach 1945 hin. Deutschland sei „wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg“, hatte der CSUler Franz-Josef Strauß gesagt. Er meinte damit, dass die militärischen Fähigkeiten des deut-

lichen Kapitalismus nicht seinen wirtschaftlichen entsprächen.

Der CDU-Außenpolitiker Karl Lamers hatte diesen Widerspruch im Frühjahr 2002 auf den sich damals bereits abzeichnenden Konflikt zwischen Deutschland und den USA über einen neuen Irakkrieg konkretisiert: „Die Europäer“ müssten „endlich in den Stand kommen, eine Rolle zu spielen, die ihren Interessen entspricht.“ Die europäischen Interessen seien „selbst nicht grundsätzlich anders als die der USA“. Lediglich in der Art, wie man diesen Interessen vertrete, gebe es Unterschiede. „Wir Europäer“, so fährt er fort, „müssten uns zunächst stärker auf Diplomatie konzentrieren – und das Militärische müsste ein Teil des Politischen sein.“ Außerdem fehle die „politische Einstimmigkeit“, Europa müsste aber auch „auf dem militärischen Feld mehr tun.“ Lamers beklagt den „wachsenden Abstand“ zwischen Europa und Amerika, „was die militärischen Möglichkeiten anbelangt.“ So erklärt sich auch der rasche, aber nicht überraschende Sinneswandel des Herrn von Wartenberg. Der Irak-Krieg kommt gewissermaßen zu früh: die Europäischen Mächte sind politisch gespalten und militärisch spielen sie mindestens eine Liga tiefer. Die Emanzipationsgelüste des BDI-Sprechers sind ihm vergangen. Nun gilt wie im Afghanistan-Krieg wieder die Parole, dass – wenn man den Krieg nicht verhindern kann – am besten mitmacht, denn nur „wer mitmache könne mitbestimmen“.

Mit ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu einem Krieg als „letztem Mittel“ haben sich Fischer und Schröder der Kritik des bürgerlichen Lagers und der Unternehmerverbände an der „Form“ ihrer Antikriegspolitik schon ein Stück gebeugt. Die relative Schwäche des „alten Europas“ mit Friedfertigkeit zu verwechseln wäre ein unverzeihlicher Fehler. Das „Alte Europa“, das Europa Chiracs und Schröders, rüstet auf und um, damit es in Zukunft nicht leer ausgeht. Die Kritik der Konservativen und der Unternehmerverbände an der deutschen „Verweigerungshaltung“ zeigen auch, dass der antimilitaristische Wahlkampf von Schröder und Fischer kein Manöver der herrschenden Klasse war, sondern Ausdruck einer breiten Antikriegshaltung ihrer Anhänger und Wähler ist. Sorgen wir dafür, dass Fischer und Schröder von der Sorge geplagt bleibt, dass ihre Tage gezählt sind, wenn sie ihre Politik der kleinen Schritte weg vom Antikriegskurs hin zum imperialistischen Krieg weitergeht.

(Linksruck Nr. 148, 25. Februar 2003)

Das EP stärken

Interview vom DANIELA WEINGÄRTNER mit Peter Becker

Fünf Fragen zur künftigen Sicherheitspolitik der EU

satzfrage für eine Rechtspersönlichkeit – und das soll die EU ja werden. Deshalb muss das Europäische Parlament – wie in Deutschland der Bundestag – vor dem Einsatz gefragt werden. Es muss auch möglich sein, dass ein einzelner Abgeordneter hinterher gerichtlich nachprüfen lässt, ob der Einsatz rechtmäßig war – vor dem EuGH oder, noch besser, vor einem neu zu schaffenden Europäischen Verfassungsgericht.

Zurück zum Verbot von Massenvernichtungswaffen. Frankreich wird niemals seine Atom-Arsenale auflösen.

Ialana hat 1993 aufgedeckt, dass die französischen Tests auf den Moruroa-Atollen gravierend gegen internationales Recht verstoßen. Das Europäische Parlament hat daraufhin Stellung bezogen, und die Franzosen haben letztlich beschlossen, keine Tests mehr zu machen. Im Moment

mit freundlicher Genehmigung der taz - die tageszeitung

taz: Herr Becker, die USA ziehen in den Krieg, und die EU sieht hilflos zu. Wie müssten die neue Verfassung aussehen, damit eine solche Situation künftig nicht mehr entstehen kann?

Peter Becker: Unsere Organisation – Juristen gegen Atomwaffen – erwartet vom Konvent, dass er eine weltweite Auseinandersetzung darüber anstößt, wie man mit internationalen Konflikten rechtmäßig umgeht. Wichtigster Ansatz ist, Institutionen für zivile Konfliktschlichtung aufzubauen. Das Kosovo ist ein gutes Beispiel. Da hat die EU der Kriegslogik nichts entgegensetzen können, weil es solche friedensfördernden Strukturen noch nicht gibt. Wir erwarten vom Konvent, dass er die USA in eine Auseinandersetzung über die Frage zwingt, welches der bessere Weg ist.

Was genau also müsste in den neuen Verträgen stehen?

In den allgemeinen Zielen – im ersten Teil der neuen Verfassung – sollte sich die Union zum Frieden und zur zivilen Konfliktschlichtung bekennen und ein Verbot von Massenvernichtungswaffen aussprechen. Im zweiten Teil, der die Arbeitsweise der Institutionen erläutert, sollte ein Verfahren der zivilen Konfliktschlichtung beschrieben sein, das Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, Entsendung von Polizeikräften und Ähnliches beinhaltet.

Gibt es dafür ein Beispiel in einer anderen Verfassung?

Seit über 50 Jahren existiert ein Vorbild, das ausgefeilte Instrumentarium im 5. und 6. Kapitel der UN-Charta. Da wird die zivile Konfliktschlichtung als erste Stufe genannt, dann Ausübung von Druck, Embargo usw. Erst wenn alles scheitert, kann Gewalt als letztes Mittel eingesetzt werden. Einen solchen Einsatz müsste allerdings das Europäische Parlament [EP] billigen.

Selbst bei größtem Optimismus wird der Konvent dem Europaparlament nicht diese Kompetenzen geben können. Wer also soll das außenpolitische Handeln der EU kontrollieren?

Ob ein Krieg zulässig ist, ist eine Rechtsfrage. Das vergessen die Leute oft. Wir haben die UNO-Charta, in der steht, unter welchen Bedingungen ein Einsatz legal ist. Krieg oder Frieden ist eine Grund-

Impressum

Der Newsletter wird herausgegeben von der eu-ag von Attac-Deutschland.

Verantwortlicher Redakteur:

Stephan Lindner (V.i.S.d.P.),
c/o attac-netzwerk
Artilleriestr. 6
D-27283 Verden

Design, Bildredaktion und Lay-Out:
Horst Eberlein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder, sondern nur die Meinung der Autorinnen und Autoren.

Kontakt: redaktion-eu-ag@gmx.de

WWW: <http://www.attac-netzwerk.de/eu-ag>

Beiträge von Außenstehenden und Mitgliedern von Attac zum Thema Europäische Union sind jederzeit herzlich willkommen. Die Redaktion ist offen. Der Rundbrief wird vor Veröffentlichung in der EU-AG diskutiert.



Eine Armee für Europa

von SABINE HERRE

Um die Verteidigungspolitik voranzubringen, sollen besonders integrationswillige Staaten enger zusammenarbeiten

Zuerst die gute Nachricht für alle Anhänger einer eigenständigen EU-Verteidigungspolitik: Auch in Zeiten, in denen ein französischer Präsident von einem britischen Boulevardblatt als Wurm bezeichnet wird, sind die politischen Führer beider Länder in der Lage, sich auf den Bau eines gemeinsamen Flugzeugträgers zu einigen.

Und jetzt die schlechte Bot-

schaft: Das britisch-französische Projekt ist ein Beispiel dafür, wie die so genannte Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) schon bald aussehen könnte. Einige wenige Länder, die bereit und in der Lage sind zu einer engeren militärischen Kooperation schließen sich zusammen. Der Rest – wie etwa Staaten, die in ihrer Sicherheitspolitik eher auf Konfliktprävention setzten – bleibt außen vor. „Verstärkte Zusammenarbeit“, „Flexibilität“ oder auch „Kerneuropa“ heißt das im EU-Jargon.

Die Möglichkeit zur verstärkten Zusammenarbeit ist in anderen Bereichen nichts Neues. Bereits im Vertrag von Amsterdam 1997 wurde sie festgeschrieben, drei Jahre später haben die Regierungschefs in Nizza die Bedingungen für einen Zusammenschluss besonders integrationswilliger Staaten erleichtert und auf die Außenpolitik erweitert. Ausdrücklich ausgeschlossen wurde in Artikel 27 des Nizza-Vertrags die Verteidigungspolitik: In der „sensiblen“ Frage von Krieg und Frieden sollte kein Mitgliedsland überstimmt werden können.

Nun aber findet sich im Abschlussbericht der zuständigen Konvent-Arbeitsgruppe die Forderung nach einer „Eurozone der Verteidigung“. Wer sich an dieser nicht beteiligen will, soll sich „konstruktiv enthalten“, die Operation also nicht behindern.

Auf den ersten Blick scheint die angestrebte Flexibilität einen Ausweg aus der „Vielfalt der Situationen“ zu bieten, in der sich die ESVP laut Regionalkommissar Michel Barnier momentan befindet. Elf Staaten gehören der Nato an, vier sind neutral. Ein Mitglied – Dänemark – ist zwar in der Nato, beteiligt sich aber nicht an der ESVP. Einige Armeen und Rüstungsindustrien arbeiten bereits eng zusammen, einige haben ein Berufsheer, die anderen noch Wehrpflicht.

Das größte Problem für den Aufbau einer eigenen militärischen Struktur besteht jedoch darin, dass nur 5 von 15 Mitgliedern für ihre Armee mehr als die angestrebten 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgeben. Nur Paris und London haben ihre Verteidigungsausgaben erhöht, in den meisten Staaten werden sie dagegen gekürzt.

Zugleich aber ist man sich im Konvent weitgehend einig, dass die „Petersberg-Aufgaben“, in denen die künftigen Einsatzbereiche der EU-Truppe formuliert sind, ausgeweitet werden sollen. Zu „humanitären Rettungseinsätzen, friedenserhaltenden Aufgaben sowie Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“, wie es in Artikel 17 EU-Vertrag heißt, sollen nun unter anderem Konfliktverhütung und

die tageszeitung



Unterstützung bei der Terrorismusbekämpfung auch in Drittstaaten hinzukommen.

Das Münchner Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), das die Arbeit des Konvents begleitet, hat vier Bereiche ausgemacht, in denen verstärkte Zusammenarbeit funktionieren könnte. So soll es erstens „auf Dauer angelegte Integrationsprojekte“, wie etwa die jetzt auch von der Kommission vorgeschlagene Rüstungsagentur, geben. Zweitens müsse die EU in der Lage sein, in Krisen schnell zu reagieren. Hierfür sollen Ad-hoc-Koalitionen gebildet werden, die man nach Beendigung der militärischen Aufgaben wieder auflöst.

In einem dritten Punkt schlagen die Wissenschaftler eine „Differenzierung als Katalysator der Finalität“ vor. Hinter diesem Wortumgetüm verbirgt sich ein Ziel, das weit über die verstärkte Zusammenarbeit hinausgeht – und wohl das Ende der jetzigen EU bedeuten würde. Um die Integration wirklich voranzubringen, müsse es möglich sein, auch außerhalb der existierenden Verträge zu handeln. Nur auf diese Weise könne eine „genuin europäische Armee“ aufgebaut werden.

Demgegenüber birgt der letzte Punkt des CAP-Papiers wenig Sprengstoff. Drittstaaten, die auf absehbare Zeit keine Chance haben, in die EU aufgenommen zu werden, sollen die Möglichkeit zu verstärkter Partizipation an gemeinsamen Aktionen erhalten. Anders ausgedrückt: Staaten wie die Ukraine oder Albanien dürfen sich zum Beispiel an der EU-Friedenstruppe in Bosnien beteiligen. Ähnliches wurde bereits beim Gipfel in Helsinki 1999 beschlossen.

Doch ist es wirklich denkbar, dass Kiew oder Tirana Soldaten nach Bosnien entsendet, Athen oder Rom aber nicht? Genau an dieser Stelle wird deutlich, warum es bisher nur wenige politische Bereiche in der EU gibt – das Schengener Abkommen und den Euro –, in denen sich eine Gruppe von Staaten für mehr Integration als andere entschieden hat. Soviel Widerstand es auch stets gegen die Vertiefung der Gemeinschaft gibt, letztendlich will doch jeder dabei sein. Daher sehen viele Politiker und Wissenschaftler das Prinzip der verstärkten Zusammenarbeit letztendlich als Druckmittel. Allein die Erwähnung genügt, um eine Blockadesituation aufzulösen.

Weitgehend ungelöst ist auch die Frage, ob ein Staat eine einmal getroffene Entscheidung für die Gruppenbildung wieder rückgängig machen kann. Zwar kann man das Schengener Abkommen kündigen und wieder Grenzkontrollen einführen. Die Rückkehr zu Mark und Lira schient da schon weniger wahrscheinlich. Und was wird aus einer EU-Armee, wenn Großbritannien auf einmal nicht mehr mitmacht? Auf diese Frage, so François Heisbourg, einer der Mitverfasser des Papiers, in dem sich der deutsche und der französische Außenminister für eine verstärkte Zusammenarbeit bei der ESVP aussprachen, gebe es bisher keine Antwort.

Zuletzt jedoch sollte gerade der europäische Streit in der Irakkrise die Befürworter der verstärkten Zusammenarbeit zum Nachdenken bringen. Denn welche Folgen hätte es für die EU, wenn sich in ihr zwei Gruppen von Staaten bilden, die jeweils unterschiedliche Ziele verfolgen? Dann hätte Europa zwei Kerne oder gar keinen mehr.

taz Nr. 7007 vom 18.3.2003, Seite 4

mit freundlicher Genehmigung der taz - die tageszeitung

Deutsche Kollateral- gewinne: Militärmacht Kerneuropa?

Interview mit Tobias Pflüger, Mitarbeiter der Informationsstelle Militarisierung

F: Bundeskanzler Schröder sorgte unlängst mit seinen Äußerungen, man müsse über die Finanzierung der Bundeswehr neu nachdenken, für Aufregung innerhalb der Koalition. Später nahm er dieses Statement zurück. War es nur so dahin gesagt?

Verteidigungsminister Peter Struck hat ja nach einer ersten Irritation darauf hingewiesen, daß die Umstrukturierung der Bundeswehr planmäßig laufe. Es ist eine Umschichtung der Militärausgaben in zwei Richtungen vorgesehen: Zum einem werden die Ausgaben für Beschaffungsprojekte insgesamt erhöht. Zum anderen forciert man innerhalb dieser Beschaffungsprojekte diejenigen, mit denen auch

Interventionen oder Stationierungseinsätze möglich sind. Das heißt, der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee wird vorangetrieben.

F: Bedeutet das Nein der Bundesregierung zum Irak-Krieg, daß sie gegen Präventivkriege ist?

Nein. Zentraler Punkt der Veränderungen bei der Bundeswehr sind die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien, die im Mai vorgelegt werden sollen. Bundeswehr-Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan sagt, daß in ihnen auch das Konzept des Präventivkriegs eine Rolle spiele. Und das bedeutet natürlich, daß man bei der Bundeswehr ähnliche strategische Grundlagen wie die in den USA bereits geltenden (National Security Strategy) einführen will.

F: Haben Schröders Äußerungen mit der Spaltung Europas in der Kriegsfrage zu tun? Könnten sie auf eine eigenständige Rolle der Bundeswehr abzielen?

Die französische, deutsche und belgische Regierung kündigten an, sich auf einem Sondergipfel am 29. April über eine Forcierung gemeinsamer Militärpolitik unterhalten zu wollen – sowohl im Industriebereich als auch im Bereich der Armeen. Und das bedeutet die Konkretisierung dessen, was Fischer und der französische Außenminister de Villepin in den EU-Konvent eingebracht haben: nämlich daß in Zukunft auch Koalitionen einzelner Staaten innerhalb der EU Militärinterventionen durchführen können. Und insofern fügt sich dies sehr gut zur Entwicklung einer Gegenmacht Europa zusammen.

F: Der Chef des auswärtigen Ausschusses in der russischen Duma, Dimitri Rogosin, phantasierte über eine Eurasische Union, in der Frankreich, Deutschland und Rußland den Kern einer Gegenmacht

bilden. Könnten sich die globalen politischen Verhältnisse derartig drastisch verschieben?

Was ich für sehr realistisch halte, ist, daß diejenigen Länder in der EU, die eine andere Position haben als die britische und die US-amerikanische Regierung, dieses Gegenmachtmodell vorantreiben und dann auch jeweils ad-hoc-Koalitionen mit Rußland oder China bilden. Eine feste Koalition Rußland/China mit Deutschland/Frankreich sehe ich noch nicht, aber man stimmt sich, wie im Vorfeld des Krieges im UN-Sicherheitsrat, durchaus miteinander ab und nimmt auf die gegenseitigen Positionen Rücksicht. Und insofern denke ich, es hat eine Neuordnung innerhalb der Weltpolitik gegeben. Darin zeichnen sich zwar noch keine eindeutigen Konstellationen ab, aber es ist relativ deutlich, daß eine Reihe von Ländern eine Weltordnung, die im wesentlichen von einem Staat geprägt wird, nicht akzeptiert.

F: Läßt sich für die Antikriegsbewegung aus dieser Debatte irgend etwas Positives ablesen?

Nein. Unsere Position als Antikriegs- und Friedensbewegung muß eindeutig lauten: Solche Gegenmachtmodelle führen nur zu einer Kopie der Hegemonialmacht USA. Dem EU-Konvent wurde unlängst der sogenannte Barnier-Bericht für den Bereich der Verteidigung vorgelegt, in dem die Ausgaben der EU-Staaten im Militärbereich zusammengerechnet und gefordert wurde, sie müßten mindestens so hoch sein wie die der USA. Das ist eindeutig der Versuch, eine interimperiale Aufrechnung durchzuführen. Wenn wir also tatsächlich die Herausbildung einer Gegenmacht erleben, dann müssen wir genauso gegen Interventionskrieg Stellung beziehen, die von dieser ausgehen. Und das heißt für uns in Deutschland: Der Kampf gegen die Militarisierung der Außenpolitik ist noch wichtiger als bisher.

Global Player Bundeswehr

Entwurf der Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Hause Struck: Weltweite Terroristenjagd

Tobias Pflueger
aus Junge Welt

<http://www.jungewelt.de/2003/04-26/011.php>

Eigentlich wollte Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) sie erst im Mai offiziell vorstellen: seine neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR). Der Welt wurde derweil schon jetzt ein 21seitiger Entwurf zugespielt. Auszuege daraus veroeffentlichte die Zeitung am Freitag. Kernaussage: Struck will die Bundeswehr in Zukunft nicht nur weltweit auf Jagd nach Terroristen schicken, sondern entsprechende Kraefte auch zur Terrorbekaeempfung im Inland bereitstellen.

Wie erwartet, taucht in dem Text auch das Konzept des Praeventivkriegs auf. In den VPR wird die fruehzeitige Anwendung militaerischer Massnahmen zur politischen Krisenvorsorge gegenueber nichtstaatlichen Akteuren und Terroristen angedroht.

Das ist uebersetzt: Vorbeugender Angriff auf Verdacht ohne unmittelbaren Anlass. Die Ablehnung des Irak-Krieges durch die deutsche Regierung hat also erwartungsgemaess nichts mit der besonderen deutschen Friedensliebe zu tun. Die Ablehnung dieses Krieges ist wesentlich erklarbar durch andere Interessen Deutschlands in der Region. Das Grundprinzip des Irak-Krieges, das des Praeventivschlags, haelt die Bundesregierung offenkundig fuer legitim, wie der VPR-Entwurf belegt.

Zum Einsatz der Bundeswehr im Innern heisst es unter anderem, zum Schutz der Bevoelkerung vor „terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen“ werde die Bundeswehr „Kraefte und Mittel entsprechend dem Risiko“ bereithalten. „Auch wenn dies vorrangig eine Aufgabe fuer Kraefte der inneren Sicherheit ist, werden die Streitkraefte immer dann zur Verfuegung stehen, wenn nur sie ueber die erforderlichen Faehigkeiten verfuegen“. Dieser geplante umfangreiche Einsatz im Innern ist wie die praeventive Gefahrenabwehr ein Bruch des Grundgesetzes. Der Wachdienst der Bundeswehr bei den US-Militaerstandorten in Deutschland steht hier Pate.

Die Notwendigkeit der Wehrpflicht wird in dem Text unter anderem folgendermassen herausgestellt: „Der Schutz Deutschlands einschliesslich der Befaehigung zur Rekonstitution sowie die eventuelle Unterstuetzung bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Ungluecksfaellen begruenden auch kuenftig die allgemeine Wehrpflicht.“

Die Landesverteidigung im Buendnisrahmen gegen konventionelle Angriffe als die bisher massgeblich strukturbestimmende Aufgabe der Bundeswehr entspricht nicht mehr den sicherheitspolitischen Erfordernissen“, heisst es im VPR-Entwurf. Damit wird offiziell Abschied genommen vom Grundgesetz, in dem es heisst: „Der Bund stellt Streitkraefte zur Verteidigung auf.“ Das Verteidigungsministerium erklaert weiter: „Die bisher ausschliesslich fuer die Landesverteidigung gegen einen konventionel-

len Angreifer vorgehaltenen Faehigkeiten werden angesichts des neuen internationalen Umfeldes nicht laenger benoetigt. Sie koennen zudem angesichts der knappen, zur Schwerpunktbildung zwingenden Ressourcenlage nicht mehr erbracht werden, ohne dass sich dies nachteilig auf die kuenftig erforderlichen Faehigkeiten auswirkt.“ Weitere Standortschlieungen zugunsten einer fast ausschliesslichen Konzentration auf Auslandseinsaetze sind damit angekuendigt.

Kuenftige Einsaetze, heisst es weiter, lassen sich „weder hinsichtlich ihrer Intensitaet noch geographisch eingrenzen“. Der politische Zweck bestimme „Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes“. Schnell einsatzfaehige Truppen sind das Ziel, mit den im Entwurf so genannten „Operationen mit hoher Intensitaet“ koennen nur Aktionen des Kommandos Spezialkraefte oder der Division Spezialoperationen (DSO) gemeint sein.

Die Welt lobt Struck dafuer, dass in dem Papier gleich mehrfach die Bedeutung der NATO unterstrichen und die USA als zentraler Buendnispartner genannt werden. „Ohne die Vereinigten Staaten von Amerika kann es auch kuenftig keine Sicherheit in und fuer Europa geben“, heisst es da, und: „Die transatlantische Partnerschaft verlangt einen angemessenen deutschen Beitrag, um gemeinsam die neuen Herausforderungen in und um Europa bewaeltigen zu koennen.“ Die letzte Formulierung deutet die Schwerpunktverschiebung in Richtung einer Militaermacht EU an, wie sie unter anderem mit dem deutsch-franzoesisch-belgischen Sondergipfel am kommenden Dienstag auf den Weg gebracht werden soll.

Zur Terrorbekaeempfung wird im Entwurf erklaert: „Die Bundeswehr bekaempft weltweit operierende Terrororganisationen und traegt dazu bei, ihnen sichere Rueckzugsgebiete zu entziehen und Seeverbindungswege zu sichern.“ Als besondere Gefahr fuer die westliche Zivilisation werden „religioeser Extremismus und Fanatismus“ genannt. Dieser Satz nach dem Irak-Krieg gelesen, zeigt die Doppelboedigkeit westlicher Politik. Der Balkan wird als europaeischer Einflussbereich definiert: „Die fortdauernd labile Sicherheitslage auf dem Balkan erfordert weiterhin das besondere Engagement gerade der europaeischen Nationen.“

Im naechsten Monat soll Strucks Richtlinienentwurf im Bundeskabinett beraten werden.

GASP/ESVP und linke Politik

Wilhelm Ersil
Dez.2002

Die Debatte und Auseinandersetzung über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) der Europäischen Union (EU) wird sichtlich intensiver. Inhalte und Richtungen dieser Politikbereiche sind für den weiteren Weg der Union eine Schlüsselfrage. Für die maßgeblichen Kräfte in der EU muß diese auch zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion werden. Damit sind weitreichende Entscheidungen über die künftige Gestalt der EU und ihre Rolle im Weltgeschehen verbunden.

Linke, integrationskritische und friedensengagierte Bewegungen müssen zu zahlreichen Fragen präzisere Antworten finden. Welche gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik soll die EU verfolgen?

Widersprüchliche GASP

Antworten zur GASP sind sehr unterschiedlich, je nachdem, ob sie generell für notwendig oder für gänzlich verfehlt gehalten wird, ob sie vornehmlich oder gänzlich mit Militarisierung verknüpft und daher grundsätzlich ablehnt oder ob sie als unabdingbares Resultat der Integration gesehen und ihr ein ziviles Potential zugebilligt wird. Welche Ziele verfolgt und welche Inhalte vertreten werden, welche Politik praktiziert wird – das muß jeweils konkret bewertet werden.

Die EU fungiert trotz aller Unvollkommenheit, insbesondere hinsichtlich der politischen Integration, als eine wichtige globale Kraft, die weltweit großen Einfluß ausübt. Die EU handelt in Ansätzen als eine politische Staatenvereinigung, wozu die GASP beiträgt. Sie ist Akteurin der neoliberalen Globalisierung und verfügt über eine bedeutende ökonomische Macht (größter Binnenmarkt), die es ihr ermöglicht, auf andere starken Druck auszuüben, um ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Die EU verfolgt einerseits hegemoniale Ziele und strebt nach Ausweitung von Einflußsphären in Europa und darüber hinaus, nach Sicherung von alten und neuen Rohstoffquellen (Öl und Gas) und Absatzmärkten.

Die EU agiert in einer imperialen Grundstruktur, wobei das transatlantische Bündnis mit den USA das Wichtigste ist, in der die Machtzentren wechselseitig um Dominanz ringen. Auch die EU neigt zunehmend dazu, Stärke auszuspielen.

Die Bereitschaft, militärische Gewaltanwendung als Mittel der Politik anzuwenden, nimmt zu. Im Unterschied zu den USA widmen die meisten EU-Staaten aber dem Völkerrecht und internationalen Institutionen, insbesondere den Vereinten Nationen, mehr Beachtung; sie haben auch aus geschichtlichen Erfahrungen einen anderen Ansatz hinsichtlich der Rolle von Macht und militärischer Gewalt in den internationalen Angelegenheiten.

Die GASP hat nicht nur, wie mitunter gemeint wird, militärische Richtungen zum Inhalt. Sie verfolgt vorrangig zivile Anliegen, weshalb die GASP nicht nur negativ oder nur unter diesem Gesichtspunkt bewertet werden sollte. Sie umfaßt Aspekte der verschiedensten Politikbereiche: „klassische“ Außenpolitik und Diplomatie; Außen-

wirtschaft und Außenhandel; Beziehungen zu Drittstaaten und anderen Staatengruppen in Europa, im Mittelmeerraum und in fernerer Regionen; internationales Währungs- und Finanzsystem; Globalisierungspolitik; Politik zur Regelung regionaler Konflikte; Umweltpolitik, Nord-Süd-Verhältnis, Entwicklungspolitik, Wahrung von Menschenrechten, Abrüstungspolitik.

Gemeinsame europäische Außenpolitik muß auch von linker Seite als eine Gegebenheit gesehen, bewertet und generell befürwortet werden, wobei das natürlich keineswegs die Akzeptanz aller ihrer Richtungen und Modalitäten bedeutet. Rivalität, Hegemonialstreben und nationale Interessenvertretung innerhalb der EU beeinflussen die GASP in hohem Maße.

Zivile Außen – und Sicherheitspolitik

Für linke und andere politische Kräfte muß die EU als zivilisierende Kraft in den internationalen Beziehungen handeln und zu deren Demokratisierung beitragen. Für sie müssen in der GASP Orientierungen in Richtung einer demokratischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Gestaltung Europas und der Welt dominieren. Die GASP müsse eine progressive Rolle bei der Bewältigung der mit der neoliberalen Globalisierung verbundenen Probleme sowie bei der friedlichen Regelung internationaler und regionaler Konflikte spielen. Sie müsse als Akteur ökonomischer, politischer und kultureller Zusammenarbeit handeln und initiativ für die Stärkung der Vereinten Nationen sowie für kooperative Modelle regionaler und weltweiter Entwicklung eintreten. Im Programm der demokratischen Sozialisten zur letzten Bundestagswahl hieß es dazu: Die PDS setzt „auf die Entwicklung einer wirklichen Zivilmacht EU, deren gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sich durch militärische Deeskalation, quantitative und qualitative Abrüstungspolitik, den Ausbau von Strukturen ziviler Konfliktbearbeitung und die Förderung internationaler Kooperation im Rahmen der UN und OSZE auszeichnet“. (Beilage zu Disput Nr.3/2002, S.19). Internationale Sicherheit muß durch Zurückdrängung des militärischen Faktors gefestigt werden. Die EU muß regional und global eine zivile Sicherheits- und Präventionspolitik verfolgen, Absage an militärische Gewalt demonstrieren und verdeutlichen, daß Konflikte friedlich, kooperativ, mit politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und anderen Mitteln geregelt werden können. Davon ist die EU weit entfernt, auch wenn der Europäische Rat in Helsinki im Dezember 1999 über Regeln einer zivilen Konfliktprävention, einen Koordinierungsmechanismus für nichtmilitärische Krisenbewältigung sowie über Polizeikräfte für internationale Missionen entschied, allerdings innerhalb des Spektrums von „Krisenbewältigungsoperationen“. Diese Beschlüsse blieben allerdings im Schatten der alles dominierenden Festlegungen über die ESVP. Zivile Konfliktregelung darf jedoch nicht als ein Wechselspiel zwischen militärischen Interventionen bzw. Kriegen der USA und der NATO einerseits und „europäischer Nachsorge“ andererseits wie in der Balkanpolitik oder in Afghanistan erfolgen.

Selbstbehauptung gegenüber den USA

Ein zentrales Problem der GASP sind zweifellos die Beziehungen zu den USA. In den transatlantischen Beziehungen dominieren gemeinsame Interessen. Die Mehrzahl der EU-Staaten leistet den USA unter Hinterrückstellung eigener Interessen und Vorstellungen im „Krieg gegen den Terror“ Gefolgschaft. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Interessendivergenzen größer werden.

Anstrengungen zur „Selbstbehauptung Europas“ sind nötig, wie immer man auch die Möglichkeiten der EU beurteilen mag, sich gegen die Macht und die harte Strategie der USA zu behaupten, zumal das durch die Sonderposition Großbritanniens und die besondere Unterwürfigkeit weiterer Mitgliedstaaten torpediert wird. Angesichts der unilateralen Politik der übrig gebliebenen Supermacht wird europäische Selbstbehauptung gegenüber der US-Hegemonialpolitik immer dringlicher. Die GASP müßte den geopolitischen und machtpolitischen Ambitionen der USA mit der Bereitschaft zu weltweiten militärischen Interventionen und riskanten Kriegsabenteuern begegnen, die auch für die EU verhängnisvoll sind. Es muß m.E. auch linkes Anliegen sein, daß die EU ihre Möglichkeiten nutzt, trotz aller Solidaritätsbekundungen und Teilnahme an der „Koalition gegen den Terror“ mäßigend auf die USA-Politik Einfluß zu nehmen. Die EU kann mit ihrem wachsenden ökonomischen und partiell politischem Potential durchaus zu einem Gegenpol zum zerstörerischen US-amerikanischen Unilateralismus werden, wobei Konfrontationen mit Washington unvermeidlich sind, aber nicht Ziel sein dürfen.

Wenn die EU mit einer Stimme spricht, hat sie durchaus die Möglichkeit, sich gegenüber den USA zu behaupten. Dazu ist aber eindeutige Vertretung europäischer Interessen, dazu ist eine Autonomie nötig, die ungeachtet aller NATO-Bindungen Konflikte mit den USA nicht scheut. Dazu ist, wie A. Brie hier bemerkte, die Fähigkeit und Bereitschaft Voraussetzung, wahrhaft strategische Beziehungen mit Rußland, China, Indien u.a. sowie einen UNO-orientierten Multilateralismus zu fördern. Das alles ist jedoch nur schwer erreichbar, weil sich die Mitgliedstaaten nur zögerlich für ein solches gemeinsames Handeln entscheiden.

Interventionskräfte

Mit Blick auf die GASP darf nicht übersehen werden, daß im vergangenen Jahrzehnt Absichten zur Militarisierung der EU immer gewichtiger und die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Macht auch mit eigenen Interventionsstreitkräften stärker geworden ist. Dafür stellte bereits der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union von 1992 Weichen. Fixiert wurde, daß zur GASP „auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“ (Art.J.4.1). In der Petersberger Erklärung der WEU-Staaten vom Juni 1992 wurde festgestellt, daß „Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung“ sowie „friedenssichernde und humanitäre Maßnahmen“ ebenso zu den Aufgaben der Westeuropäischen Union gehörten

wie „Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung“, womit militärische Interventionen gemeint waren. In den Amsterdamer Vertrag von 1997 wurden die Petersberg-Aufgaben übernommen und die Möglichkeit der „schrittweisen Festlegung“ einer gemeinsamen Verteidigungspolitik fixiert. Während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien verständigte sich die EU-Staaten im Juni 1999 über das Projekt einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) und die Inangriffnahme einer „Europäischen Verteidigungsidentität“ (ESDI), die den Aufbau autonomer Militärstrukturen vorsieht, die auch losgelöst von der NATO handeln können und fähig sein sollten, die ganze Palette der Petersberg-Aufgaben zu bewältigen. Beschlossen wurde die Aufstellung von Einsatzkräften, woran sich auch neutrale Mitgliedstaaten beteiligen. Mit dem Nizza-Vertrag wurde eine neue Runde der Militarisierung der EU eingeleitet. Artikel 17 fixiert die Aufstellung von Krisenreaktionskräften auf Basis nationaler Mittel.

Sie sollen in Kombination mit bereits bestehenden multinationalen Streitkräften (Eurokorps) selbständige EU-geführte militärische Operationen ermöglichen. Entsprechende militärische Beschaffungsprogramme werden umgesetzt. Rüstungsindustrielle Kooperation wird intensiviert.

Sicherheits- und Verteidigungsunion

Einige Regierungen der EU-Staaten, besonders die deutsche und französische, drängen seit Jahren auf die „Perspektive einer europäischen Verteidigung“. Sie engagieren sich für die Transformation der EU zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion mit einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. In den europäischen Krisenreaktionsverbänden wird ein erster Schritt auf dem Weg zur weiteren Integration von Streitkräften mit Aufgabenspezialisierung und Arbeitsteilung gesehen. Manche haben darüber hinaus Streitkräfte im EU-Verbund, eine „Europa-Armee“, im Blick. Unterschiedlichste Kräfte, darunter auch manche linke Formationen, befürworten ein System „europäischer Verteidigung“ mit dem Argument, dadurch könne der Übermacht der USA begegnet und mehr Einfluß in den transatlantischen Beziehungen erreicht werden. Das ist sehr zu bezweifeln, ist doch der Aufbau einer mit den USA in einem bestimmten Grade konkurrierenden Militärorganisation illusionär. Vor allem aber trägt eine westeuropäische Militärunion auf ihre Weise ebenfalls zur Militarisierung der internationalen Beziehungen bei. Friedensengagierte Kräfte wenden sich daher wie die PDS nachdrücklich gegen eine militärische Dimension der Union und halten es für notwendig, dem militärischen Aufbau „Europas“ Grenzen zu setzen.

Zentrale Problematik

In welcher Weise die GASP bzw. die ESVP wie eine Sicherheits- und Verteidigungsunion bewertet werden, das hängt vor allem davon ab, wie die Notwendigkeiten künftiger Weltentwicklung beurteilt werden, welcher Sinn der europäischen Integration gegeben wird, welche Rolle die Union in der internationalen Politik spielen soll, welche Bedeutung dem Militärischen generell beigemessen

wird. Das hängt auch davon ab, wie europäische Herausforderungen beurteilt, wie Bedrohungen und deren Ursachen eingeschätzt, wie die Wege gesehen werden, um terroristischen Gewaltformen zu begegnen.

Auch in den Reihen der Linken wird darüber gestritten, welche Rolle die Union als internationaler Akteur spielen soll, welche Ansätze einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unterstützt und welchen begegnet werden muß.

Generell wird eine eigenständige internationale Rolle der EU gefordert, statt den USA in „uneingeschränkter Solidarität“ zu folgen. Antimilitaristische Bewegungen und andere friedensengagierte Kräfte verlangen, die EU müsse ihre Chancen und ihre Verantwortung als Zivilmacht in der internationalen Politik wahrnehmen und beharren auf einer zivilen Entwicklungsrichtung. Das Argument, ein voll handlungsfähiges Europa sei ohne militärische Fähigkeiten und deren Stärkung nicht möglich, wird nicht akzeptiert.

Die EU müsse einen Kurs verfolgen, der auf globale soziale Gerechtigkeit zielt und damit zentrale Ursachen des internationalen Terrorismus bekämpft. Eine solche Orientierung kann sich auf die im Unionsvertrag fixierten Grundsätze stützen: Wahrung des Friedens, Stärkung der internationalen Sicherheit, Förderung der internationalen Zusammenarbeit, Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Art.11.Abs.1). Wenn die Europäische Kommission verkündet, die EU müsse eine gemeinsame Außenpolitik praktizieren, die den Dialog zwischen Zivilisationen, Kulturen und Religionen fördert, die die Zusammenarbeit mit den benachbarten Ländern und Regionen stimuliert und bemüht ist, den Norden und Süden einander anzunähern, dann korrespondiert das grundsätzlich mit linken Orientierungen. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit gibt es gewaltige Diskrepanzen. Entwicklungspolitik und entwicklungsorientiertes Engagement führen ein Schattendasein. Für ein breites Spektrum linker und anderer progressiver Kräfte muß die EU ihr wachsendes Gewicht als ziviler Akteur in die Waagschale der internationalen Politik legen. Sicherheit darf nicht nur militärisch definiert werden. Fast alle Politikbereiche, so die Wirtschafts-, Entwicklungs- und Kulturpolitik, haben eine sicherheitspolitische Verknüpfung.

Sicherheitspolitik darf nicht auf militärische Mittel eingengt werden. Die EU darf zu keiner militärisch gestützten globalen Ordnungsmacht werden. Perspektive dürfe kein den USA ähnlicher militärischer Machtpol sein.

Solidarische Union

Besonders von konservativer Seite wird argumentiert, Identifikation der Bürger mit der Union müsse hauptsächlich mit der „Verteidigung“ erreicht werden.

Identifikation mit der Integration muß aber vor allem durch Veränderungen im Bereich des Sozialen und der Demokratie erreicht werden. Die internationale Wirksamkeit der EU hängt in vieler Hinsicht davon ab, inwieweit in ihr die Prinzipien

soziale Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe, Solidarität zwischen den Gesellschaften und Gleichberechtigung aller Mitgliedsländer realisiert werden. Davon ist die Union jedoch weit entfernt.

Sollen die Konsequenzen brutaler neoliberaler Globalisierung der Weltwirtschaft begrenzt und internationale Machtstrukturen demokratisiert werden, dann muß die EU selbst als Vertreterin eines solidarischen und nachhaltigen Entwicklungsmodells im Gegensatz zum amerikanischen neoliberalen Projekt handeln. Der Beitrag der GASP zu internationaler Stabilität und Entwicklung hängt auch davon ab, inwieweit die Menschen- und Bürgerrechte in der Union für alle in ihr Lebenden gesichert werden. So müßte die EU mit einer menschenrechtlich orientierten Flüchtlingspolitik, mit der Gewährleistung des Schutzes für Menschen in Not international Vorbild für andere Staaten und Staatenverbände werden.

Verfassungsvertrag

Der Reformkonvent soll einen Verfassungsvertrag verabschieden. In ihm werden künftige Machtverteilungen und Richtungen der EU-Politik festgeschrieben oder bekräftigt. Absichten dominieren, in einem solchen Dokument die Verteidigungspolitik als einen eigenständigen Politikbereich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu etablieren und eine europäische Militärunion zu fixieren. Damit würde ein weiterer Schritt zur Militarisierung der EU gegangen. Dringlich ist daher die Fixierung der Modalitäten einer zivilen Union. Das Verlangen linker Abgeordneter im Konvent, in einen Verfassungsvertrag einen Passus über die Friedensverpflichtung der Union aufzunehmen, die das Verbot von Angriffs- und Präventivkriegen und den Verzicht auf militärische Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen einschließt, ist zukunftsweisend und sollte breite Unterstützung finden. Zivile Gestaltung internationaler Politik für linke Politik sollte Axiom sein: Die EU muß Verantwortung für die Wahrung des Friedens, für Stabilität und friedliche Krisenprävention wahrnehmen und darf sich nicht einseitig auf den außenpolitischen Kurs Washingtons orientieren und diesem unterordnen. Die Ansätze einer zivilisierten Welt der Staaten und Völker, vor allem die Rolle der Vereinten Nationen, einer internationalen Menschenrechts- und Völkerrechtsordnung mit ihren Regeln und Verpflichtungen müssen verteidigt werden. Nötig sind energische Anstrengungen für eine gemeinsame EU – Politik zur Abwehr eines Irakkrieges. Linke und andere Kräfte stimmen darin überein, daß sich die EU in neuen Dimensionen für kooperative Sicherheit, für zivile Konfliktprävention und Mechanismen nichtmilitärischer Konfliktbewältigung engagieren muß. Sicherheitsrelevant sind Anstrengungen für eine veränderte Wirtschaftsweise, für gerechtere Handelsbeziehungen, Hilfsmaßnahmen für konfliktträchtige Regionen, die Förderung von Prozessen gesellschaftlicher Zivilisierung, für Demokratisierung, politische Partizipation, soziale Gerechtigkeit und ökologisches Wirtschaften. Sicherheitsrelevant sind Bemühungen für einen Ausgleich zwischen nördlicher und südlicher Welt, für

eine Entwicklungspolitik, die Armut wirksam bekämpft und eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Entwicklungsländern unterstützt. Das darf nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Diese Aspekte berühren viele andere Fragen, so die gemeinsame EU-Politik in den Bereichen Asyl, Einwanderung und Integration. Diese wird immer restriktiver. Es ist kontraproduktiv, wenn auf Drittstaaten massiv Druck ausgeübt wird, damit diese in Kooperations- und Assoziierungsabkommen sowie vergleichbaren Verträgen ein gemeinsames Vorgehen gegen Migrationsströme akzeptieren und sich der EU-Abschottungspolitik unterwerfen.

Effektivere GASP

Wünschen nach mehr außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten der EU kann m.E. von linker Seite schwerlich widersprochen werden, soweit das mit den erwähnten Notwendigkeiten und Handlungsrichtungen korrespondiert. Das betrifft die Erhöhung des Verbindlichkeitsgrades solcher Instrumente der GASP wie gemeinsame Strategien, Standpunkte und Aktionen. Eine einheitliche Vertretung der EU in internationalen Organisationen, wozu die Ausgestaltung der EU als Rechtspersönlichkeit gehört, kann vorteilhaft sein. Zu mehr Effektivität können Entscheidungen für mehr „Vergemeinschaftung“ und die Begrenzung des nationalen Vetorechts zugunsten von Mehrheitsentscheidungen beitragen, so für Strategien und Politiken, die zur Demokratisierung der internationalen Beziehungen sowie zur zivilen Prävention und Konfliktregelung beitragen.

Auch die Zusammenführung relevanter Tätigkeiten der Europäischen Kommission kann dem dienlich sein, ebenso eine funktionelle und personelle Verschmelzung des Amtes des Hohen Repräsentanten des Rates für die Außen- und Sicherheitspolitik und des Amtes des für Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds („Doppelhut“), sofern die Spezifik der Sicherheits- und Verteidigungspolitik strikt gewahrt wird. Der Konzentration von Befugnissen in der supranationalen Kommission müssen jedoch Grenzen gesetzt werden. Dazu müssen die Vollmachten des Europäischen Parlaments in diesem Bereich erweitert werden. Es müßten aber auch Regelungen für die partizipative Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure durchgesetzt werden.

Vergemeinschaftung und nationale Souveränität

Versuche, die GASP völlig zu „vergemeinschaften“ und damit die „Säulenkonstruktion“ in den EU-Verträgen gänzlich zu überwinden, müssen kritisch beurteilt werden. Das nationalstaatliche Element ist nicht a priori negativ. Grundsatzentscheidungen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik dürfen nicht dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung unterliegen. Hinsichtlich der militärischen Aspekte der Sicherheitspolitik und noch mehr in der Verteidigungspolitik müssen nationale Souveränität und damit nationales Vetorecht strikt gewahrt bleiben, kann es doch hier um Entscheidungen bis zur Frage Krieg/Frieden gehen. Sämtliche Komponenten der ESVP müssen

zwischenstaatlich bleiben. Zu einer solchen Orientierung müßte auch folgende Argumentation in einem Papier der Europäischen Kommission für den Verfassungskonvent veranlassen: „Um stärker zu werden, muss die Außenpolitik der Union über Entscheidungsbefugnisse in Sicherheits- und Verteidigungsfragen verfügen, in einem Moment, in dem – nach dem Ende des kalten Krieges – die Entsendung von Truppen an Schauplätze außerhalb des eigenen Gebiets – im Dienste des Friedens – ebenso wichtig wird wie das Konzept der gemeinsamen Verteidigung selbst. Diese Entwicklung betrifft natürlich nicht die spezifische Position einiger Mitgliedsstaaten zu Aktionen, die Auswirkungen im Bereich der Verteidigung hätten“. (Mitteilung der Kommission. Ein Projekt für die Europäische Union. 25.5.2002, S.12.) Zu beachten ist auch: Die Bestimmungen über die GASP und EGSVP dürfen progressive nationale sicherheitspolitische Handlungsmöglichkeiten nicht beschränken.

Wahrung spezifischer Positionen

Die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten werden in der Union langfristig eine zentrale Rolle spielen. Spezifischen Positionen einiger EU-Länder zur militärischen Sicherheit dürfen nicht in Frage gestellt werden. Das betrifft die Sonderposition Dänemarks, dem im Maastrichter Vertrag die Nichtbeteiligung an der Verteidigungspolitik zugestanden worden war. Das betrifft in besonderem Maße Irland. Die irische Regierung bekräftigte in einer dem Europäischen Rat in Sevilla (21./22.6.2002) vorgelegten „Nationalen Erklärung Irlands“, die die GASP betreffenden Bestimmungen des EU-Vertrages berührten die traditionelle Politik der militärischen Neutralität Irlands auch nach Ratifizierung des Vertrages von Nizza nicht. In diesem Dokument erklärte die irische Regierung, nicht durch gegenseitige Beistandsverpflichtung gebunden zu sein. „Irland tritt außerdem nicht für Pläne zum Aufbau einer europäischen Armee ein“. (EU-Nachrichten. Dokumentation Nr. 2, 2002, S. 18.) Irland setzte durch, dass sich das Land künftig nicht an autonomen EU-Militärinterventionen beteiligen wird.

Eine Verfassungsänderung sorgt dafür, daß sich Irland aus Wehrverpflichtungen heraushalten kann. Die Ablehnung des Nizza-Vertrages durch das erste irische Referendum zeitigte somit positive Resultate, wobei gewiß die Absicht der Dubliner Regierung eine Rolle spielte, bei einer zweiten Volksabstimmung zum Nizza-Vertrag ein zustimmendes Ergebnis zu erreichen. Den positiven Ausgang des Referendums erreichte die irische Regierung nicht zuletzt dadurch, dass sie die berechtigten Zweifel der Bevölkerung über die Gefährdung der irischen Neutralität durch die ESVP zerstreuen konnte. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Wiederholung des Referendums eine fatale Verachtung der Wähler zum Ausdruck kam. Für die Situation in der EU ist überaus aufschlußreich, daß den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten von vornherein jede Möglichkeit verwehrt wurde, sich der Einbindung in die ESVP zu entziehen. Hinsichtlich Zyperns allerdings kommt wohl nur die Aufnahme eines ent-

militarisierten Gesamtstaates in Betracht, falls über seine Konstituierung eine Verständigung erzielt werden sollte. Möglichkeiten einer abweichenden oder gar alternativen Sicherheitspolitik von EU-Staaten können bei veränderten inneren Kräftekonstellationen in der Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Sollte sich innerhalb der erweiterten Union unter Nutzung der Vertragsbestimmungen über Möglichkeiten „verstärkter Zusammenarbeit“ eine besondere militärische Staatengruppe um einen deutsch-französischen Kern herausbilden, für den die Bündnisverpflichtung des WEU-Vertrages gelten würde, so hätte das bedeutende Konsequenzen sowohl für die gesamte Union wie für einzelne Mitglieder.

Beistandsverpflichtung und Neutralität

Die progressive Funktion der neutralen und bündnisfreien EU-Staaten in Europa hat sich mit Blick auf eine mögliche gesamt-europäische Sicherheitsstruktur keineswegs erschöpft. Der Neutralitätsstatus Finnlands, Irlands, Österreichs und Schwedens bleibt ein positiver Faktor im europäischen Staatensystem und ist nach wie vor von friedens- und sicherheitsfördernder Relevanz. Dabei kann nicht übersehen werden, daß sich neutrale Länder in den letzten Jahren im Rahmen der EU auf die Unterstützung militärischer Gewaltanwendung ein schwören ließen und am Aufbau der Krisenreaktionskräfte teilzunehmen. Die militärische Beistandspflicht des Art. V des WEU-Vertrages, wonach ein Angriff auf ein Mitglied automatisch eine Beistandspflicht der übrigen Mitgliedstaaten auslöst, darf nicht in den Unionsvertrag übernommen werden; denn dadurch würde dem Union zu einem nicht wünschenswerten Militärbündnis. Das wäre auch der Fall, wenn in einen etwaigen Verfassungsvertrag eine Klausel über gegenseitigen Beistand aufgenommen würde, auch wenn diese unter Umständen nur für an „verstärkter Zusammenarbeit“ interessierte EU-Mitglieder gelten würde.

Defensive Verteidigung

Streitkräfte der EU-Staaten sind eine Realität. Diese Gegebenheit und militärische Aspekte der Integration können aus der Diskussion nicht ausgeklammert werden. Ablehnung der Militarisierung der Union schließt Diskussion über eine defensive Verteidigung der EU nicht aus. Strikte Ablehnung einer militärischen Weltmachtrolle der EU sollte hierbei unverzichtbar sein.

Aufgabe der Armeen darf nur die Verteidigung der eigenen Grenzen sein. Militärische Interventionen müssen ausgeschlossen bleiben. Derartige Planungen müssen eingestellt, der Aufbau von Interventionskräften gestoppt und militärische Interventionsfähigkeiten begrenzt werden. Schließlich müßten die kriegsfähigen Einsatzstreitkräfte und die damit verbundene Bewaffnung, Strukturen und Instrumente (Logistik, Befehlsstränge und Ausbildung) aufgelöst werden. Hinsichtlich der traditionellen Streitkräfte geht es um qualitative Abrüstung und Reduzierung der Armeegrößen. Verteidigungspolitik und „Verteidigung“ der EU erfordern Konzepte und Entscheidungen für militärische Selbstbeschränkung, für qualitative Abrüstung und Redu-

zierung der Armeegrößen – wobei immer die Frage beantwortet werden muß, gegen wen sich die Union verteidigen und welche Mittel hierfür zur Verfügung stehen müssen. Unter diesen Prämissen ist die Ansicht Egon Bahrs anregend: „Die europäischen Streitkräfte müßten das Schild Europas sein, nicht das Schwert Amerikas“ (zitiert in TAZ, 4.9.02) Damit müßten grundsätzliche Wandlungen der NATO in Richtung eines politischen Bündnisses mit der Perspektive ihrer schließlichen Auflösung und Ersetzung durch kollektive Sicherheitssysteme einhergehen. Das berührt auch die Perspektive der französischen und britischen „europäischen Kernwaffen“.

Soll Atomwaffenproliferation verhindert werden, dann darf auch innerhalb der Union nicht atomar weiter gerüstet werden. Zunächst muß aber der Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen in den Mittelpunkt gerückt werden.

Option OSZE

Für die maßgeblichen Eliten in der EU kommt die OSZE als Sicherheitsoption kaum noch in Betracht. Sie wird aber anscheinend von den USA für die Einbindung von Nicht-EU-Staaten in den „Anti-Terrorkampf“ noch für nützlich gehalten.

Trotz begrenzter Handlungsfähigkeit und eingeschränkter Perspektiven kann die OSZE zur Begrenzung der EU-Militarisierung und für ein kooperatives Verhältnis der EU mit Rußland, der Ukraine und anderen Staaten wirksam werden.

Die OSZE bleibt ein Ansatz für sicherheitspolitische Alternativen und Strukturen für Europa, in denen kooperative Zusammenarbeit, Rüstungsbegrenzung und Entmilitarisierung einen zentralen Platz einnehmen. Sie kann noch immer zu einem sicherheitspolitischen Projekt der Zukunft werden und darf deshalb nicht aus dem Blickfeld linker Politik geraten. (Vgl. hierzu Kurt P.Tudyka, Auswirkungen der ESVP auf die OSZE: Stärkung oder Schwächung? In: Hans-Georg Ehrhart (Hrsg), Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Baden-Baden 2002, S. 295 – 303)

Widerstand gegen EU -Rüstung

Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen zu einer zentralen Aufgabe der GASP werden. Der militärisch – rüstungswirtschaftliche Komplex in der Union drängt vehement auf Aufrüstung, auf die schrittweise Schaffung eines europäischen Rüstungsmarktes; er befürwortet die Gründung einer EU-Rüstungsagentur, die Forschung und Beschaffung koordiniert, und fordert, Waffenexportverbote müßten gelockert werden. Die Rüstungslobbies suchen Marktbeschränkungen für Rüstungsunternehmen auszuhebeln. Die unheilvolle Rolle dieser Kräfte gehört in das Blickfeld der Öffentlichkeit.

Dazu gehören Informationen über die finanziellen, sozialen und ökologischen Konsequenzen einer Europa-Armee“. Aufgabe bleibt, der Verschleuderung gewaltiger Finanzmittel für Rüstungsprojekte, die für soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben fehlen, entgegenzusteuern. Westeuropäische Rüstungsexporte müssen weitgehend begrenzt werden. Aktuell sind Vorschläge, Rüstungsexporte mit finanziellen

Abgaben zugunsten entwicklungspolitischer Projekte zu belasten.

Hier ist durchaus eine „Vergemeinschaftung“ angebracht, soweit dadurch nicht nationale Exportrestriktionen in Frage gestellt werden.

Demokratisierung der GASP und ESVP

Die Außenpolitik der EU unterliegt in keiner Weise demokratischen Abstimmungsverfahren. Für die GASP ist mangelnde Offenheit und Öffentlichkeit charakteristisch. Demokratische Kontrolle der GASP wie der Rüstungszusammenarbeit, Mitsprache der Unionsbürger in Sicherheits- und Verteidigungsfragen müssen durchgesetzt werden. Mit der Ausweitung der GASP und der ESVP geht eine „Enteignung“ der nationalen Parlamente einher.

Nationalstaatliche Demokratie darf in Sicherheitsfragen nicht ausgehebelt werden. Vorbehaltsrechte von Parlamenten und unterschiedliche Verfassungsregeln, die für den Einsatz von EU-Eingreiftruppen bis hin zu Kriegseinsätzen gültig sind, müssen gewahrt bleiben. Emanzipation des Europäischen Parlaments von den Regierungen ist dringlich. Mit Blick auf die GASP und ESVP müssen dem EP über Anhörungsrechte hinaus Kontrollbefugnisse und Initiativmöglichkeiten, Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte bei der Formulierung bzw. Umsetzung gemeinsamer Strategien gewährt werden. Ein multilaterales parlamentarisches Kontrollsystem über die GASP wäre ein Fortschritt. Darüber hinaus wäre ein beobachtendes Gremium friedensengagierter Kräfte und Bewegungen zeitgemäß. Weitreichende innenpolitische Veränderungen sind notwendig, um den Kurs der EU in den Fragen der Sicherheit und Verteidigung zu verändern. Auch wenn andere Machtverhältnisse nicht in Sicht sind, so ist es doch möglich, das Klima für eine alternative Politik zu fördern und dafür Öffentlichkeit zu gewinnen.

Außen- und Sicherheitspolitik läßt sich über einen längeren Zeitraum gegen den dezidierten Willen einer Mehrheit der Bevölkerung nicht durchsetzen. Die ESVP wird auf Dauer „ohne eine breitere Zustimmung der EU-Bürger nicht auskommen“. (Mathias Jopp, Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In: Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001. Berlin 2001, S.241). Diese ist aber noch nicht gegeben! Das eröffnet für Friedensbewegungen, andere zivilgesellschaftliche Akteure und soziale Bewegungen Chancen, um auf Ziele und Inhalte der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik Einfluß zu nehmen. Nationale und unionsweite gesellschaftliche Anstrengungen sind nötig, damit sich die GASP und ESVP vor allem von Orientierungen auf Kooperation und friedliche Konfliktlösungen leiten lassen. Ohne kraftvolle friedensengagierte und antimilitaristische Bewegungen können dem militärischen Aufbau „Europas“ schwerlich Grenzen gesetzt werden. Nur dadurch ist demokratische Einflußnahme auf die GASP und auf sicherheitspolitische Entscheidungen möglich, die den neuen Herausforderungen und Erfordernissen gerecht werden.

Attac Frühlingskongress

Alle, die sich für die Gestaltung einer friedlicheren, demokratischeren und ökologischeren Welt interessieren, sind herzlich eingeladen:

vom 15. bis 18. Mai findet in Regensburg die Frühlingsakademie „Konzern Europa? Kongress für eine gerechtere Welt“ statt.

Im Mittelpunkt des Kongresses steht daher die Zukunft Europas. Gerade vor dem Hintergrund des Irakkrieges und dem Machtanspruch der einzigen verbliebenen Supermacht Amerika, bedarf es dringend eines selbstbewussten europäischen Gegenentwurfs, die Vision von einer gerechteren Welt hat neue Brisanz bekommen. Die Veranstalter Attac-Regensburg & Attac-Freising, das Evangelische Bildungswerk, AStA und Pax Christi laden ein an dieser Vision mitzuarbeiten: „Global denken – lokal handeln.“ heißt die Devise; deshalb sind auch zahlreiche regionale Initiativen und Non-Profit-Organisationen vertreten. In der Regensburger Altstadt finden rund 70 Workshops, Vorträge und Podiumsdiskussionen statt. Im Mittelpunkt stehen die Themen „Globalisierung & Krieg/Frieden“, „Europa“, „Arbeit“, „Migration“ und „Welthandel“. Gäste aus Frankreich, Österreich, Ungarn und der Schweiz werden dabei sein und über die Schwerpunkte ihrer globalisierungskritischen Arbeit informieren. Referenten wie Prof. Hans-Peter Dürr (Alt. Nobelpreis 1987), Prof. Jörg Huffs Schmid (Uni Bremen) und Dr. Wolfgang Kessler (Public Forum) konnten gewonnen werden. Zum Kongress gehört ein abwechslungsreiches – für Kongressteilnehmer kostenloses – Kulturprogramm mit diversen Bands von Blues, Britpop, Rock bis Punk. Weitere Angebote: Lesungen, Kurzfilme, Kabarett, ein Kulturcafé und der erste „Regensburger Weltwirtschaftscup“. Der Countdown läuft!

**Anmeldungen zum Kongress unter:
Evangelisches Bildungswerk,
Tel.: 0941/ 5 92 15-0; Fax: 0941/ 5 92 15-23
oder E-Mail: ebw@ebw-regensburg.de
bzw. <http://www-attac-kongress.uni-regensburg.de>
Kongress-Beitrag: Euro 40,-/erm. 30,-
Tageskarten und Karten für die Abendveranstaltungen sind auch vor Ort erhältlich.**

Acht gute Gründe, um beim G-8 Gipfel in Evian dabei zu sein



G-8: Synonym für Kriege

Immer öfter werden im Namen der „Bekämpfung des Terrors“ und der „Menschenrechte“ Kriege geführt - mit oder ohne UN-Mandat. Dabei geht es gerade den reichen Industrieländern, angeführt von den USA, vielmehr um die Sicherung von ökonomischen und geostrategischen Interessen, der Zusammenhang zwischen neoliberaler Globalisierung und Krieg wird immer offensichtlicher.

In Evian wollen wir zeigen, dass wir eine Militarisierung der Außenpolitik abzulehnen und uns für eine friedliche Welt zu stehen!

G-8: Motor der sozialen Ungleichheit

Alle sieben Sekunden stirbt ein Kind am Hunger, 2,4 Milliarden Menschen haben kein Zugang zu frischem Trinkwasser, was täglich 30.000 Menschen das Leben kostet, Tag für Tag zehnmal mehr, als den schrecklichen Attentaten vom 11. September zum Opfer fielen. Dahingegen konzentriert sich das Vermögen und Kapital in der Hand einiger weniger Personen. Die 225 reichsten Menschen der Welt besitzen mehr als 47 Prozent der Menschheit (ca. 2,5 Milliarden) und das Vermögen der 15 reichsten Personen der Erde ist höher als das Bruttosozialprodukt aller afrikanischen Länder außer Südafrika.

Der Motor dieser sozialen Ungleichheit sind maßgeblich die reichen Industrienationen.

In Evian wollen wir für eine gerechtere Welt kämpfen!

G-8: Inbegriff der neoliberalen Finanzmärkte

Seit Jahren wird die Weltwirtschaft von Finanzkrisen heimgesucht, weil u.a. profitgierige Spekulanten ohne Skrupel ganze Volkswirtschaften und Menschen in den Ruin treiben. Die G-8 haben diesen Prozess durch die Deregulierung der Finanzmärkte maßgeblich forciert.

In Evian werden wir fordern, dass die Macht der Finanz- und Kapitalmärkte gebrochen werden muss!

G-8: Triebkräfte der Privatisierung

Mit einer erneuten WTO-Ministerkonferenz in Cancun/Mexiko im September 2003 wollen gerade die G-8 den Welthandel weiter privatisieren und liberalisieren.

Doch Bildung, Gesundheit, Wasser etc. sind keine Waren und dürfen nicht in die Hand großer transnationaler Konzerne gelangen.

In Evian werden wir deutlich machen, dass der Ausverkauf der Welt! Gestoppt werden muss!

G-8: Herrscher im IWF und Weltbank

Die acht Nationen verfügen zusammen über eine große Macht im IWF bzw. in der Weltbank und gerade die USA verhindert durch ihr Vetorecht jegliche Reformen, die zum Beispiel den Entwicklungsländern ein erhöhtes Mitspracherecht ermöglichen würde.

Die G-8 regieren diese Institutionen nach ihrem Willen und drücken ihre sozial und ökologisch fatalen Strukturanpassungsprogramme in den ärmeren Ländern durch.

In Evian werden wir ein Zeichen gegen die unmenschliche Politik von IWF und Weltbank setzen!

G-8: Hauptgläubiger der Entwicklungsländer

Damit die Entwicklungsländer sich wirtschaftlich weiter entwickeln können, bedarf es eines weit reichenden Schuldenerlasses. An diesem haben jedoch die acht Industrienationen kein wirkliches Interesse, denn sie sind einer der Hauptgläubiger der ärmeren Länder.

In Evian werden wir die Wichtigkeit eines Schuldenerlasses für die Entwicklungsländer unterstreichen!

G-8: Umweltverpester Nr.1

20% der Weltbevölkerung, darunter die G-8 Staaten, verbrauchen 80% Prozent der Ressourcen und allein die USA verschwendet 25% der Weltölproduktion, obwohl sie nur 4,5% der Weltbevölkerung sind.

In Evian werden wir für einen ökologisch verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit der Welt und ihren Ressourcen einstehen!

G-8: Acht gegen den Rest der Welt

Chiapas, Seattle, Genua, Florenz, Porto Alegre...

Orte, die zu einem Synonym für den Kampf gegen die neoliberale Globalisierung geworden sind. Trotz dieser Proteste versuchen die G-8 diese Globalisierung, die tagtäglich unvorstellbares Leid über die Menschen bringt, gegen den Willen der Welt durchzusetzen.

In Evian wollen wir die globalisierungs-kritische Bewegung stärken und den nächsten Meilenstein auf dem Weg zu einer anderen, gerechteren Welt setzen!

Wenn dies auch für Euch auch gute Gründe sind, dann beteiligt Euch an den Protesten rund um den G-8 Gipfel und lasst uns 1, 2, 3, viele Evians schaffen!